Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. Begr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.

General-Anzeiger

Die Gevelsberger Zeitung erſcheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk; durch die Poſt bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Poſtbeſtellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geſchäftsſtelle: Gevelsberg, Mittelſtraße 49. Fernſprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adreſſe: Zeitung Gevelsberg. Poſtſchließfach Nr. 63. Poſtſcheckkonto: Köln 15503.

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) .— Mk. einſchließlich Anzeigenſteuer. Beilagengebühr Mark das Tauſend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorſchriften werden möglichſt berückſichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort: Gevelsberg. Aus unverlangten Einſendungen erwächſt der Schriftleitung oder Geſchäftsſtelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 35 Erſtes Blatt. Freitag, den 11. Februar 1921. 44. Jahrgang

Wahlrecht. — Wahlpflicht.

Von D. Dr. v. Campe-Hildesheim.

In der Stunde der Todesnot wählen? In der Stunde der Todesnot Wahlreden halten? In der Stunde der Todesnot über Wahlrecht und Wahlpflicht ſchreiben? Wozu das noch? Sie wollen uns ja vernichten. Der Blödeſte ſieht es heute.

Doch es muß ſein. Wer angeſichts des drohenden Todes nur Todesgedanken hat, iſt dem Tode verfallen. Lebensmut, Lebenswille wird ſeiner Herr. So lange das deutſche Volk ſich nicht ſelbſt aufgibt, iſt es noch nicht verloren. Und es gibt ſich nicht auf. Trotz allem nicht. Es geht an die politiſche Tagesarbeit für ſeine Zukunft. Es hat eine Zukunft, wenn es ſie haben will. Es geht an die Wahl, um ſich ein Haus zu bauen.

Wahlrecht — Wahlpflicht! Im öffentlichen Leben gibt's Rechte nur um der Pflichten willen. Das war von je ſo — in preußiſchen Landen wenigſtens. Der König der erſte Diener des Staates! Er hat Würde nur um des Dienens willen. Rechte ſtehen dem Beamten nur zu, damit er die ihm überwieſenen Pflichten erfüllen könne. Die großartige ſoziale Geſetzgebung des Deutſchen Reiches hat den großen Fehler, daß ſie Rechte gab, ohne denen denen ſie dieſe Rechte gab, vorher dasjenige **Pflichtbewußtſein dem Staate gegenüber** einzuimpfen, um deſſentwillen dieſe Rechte gegeben wurden. Rechte ſind nur die Kehrſeite der Pflichten. **Pflicht iſt das Primäre, das Urſprüngliche, — Recht** das Sekundäre, **das aus der Pflicht erſt ſich Ergebende. — Wer Wahlpflicht nicht fühlt, ſollte Wahlrecht nicht haben.**

Wahlen ſollen die Stimme des Volkes zum Ausdruck bringen. Die Stimme lügt, wenn nicht alle wählen. Wahlen ſind wertlos, wenn nicht alle wählen; ſie trügen ja, verzerren das Bild, dienen ihrem ureigenen Zweck nicht. Man glaubt die Stimme des Volkes zu hören — und ſie iſt es doch nicht. Wahlrecht iſt Wahlpflicht. Wer ſich der Pflicht entzieht, belügt die Stimme des Volkes, macht ſich des Betruges ſchuldig.

Parteien mit ſtraffen Organiſationen ſind Parteien ohne ſolche ſtets weit, weit voraus. Der Sieg der ſozialiſtiſchen Parteien bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen iſt allein auf die mangelnde Beteiligung des Bürgertums an dieſen Wahlen zurückzuführen. Nur ſo wurde ein Fall Löwenſtein möglich. Wem Wahlrecht nicht Wahlpflicht iſt, wer nicht wählt, ſtärkt, ja wählt ſtillſchweigend die andere Partei.

Straffe Organiſation zwingt zur Ausübung des Wahlrechts, macht tatſächlich Wahlrecht zu Wahlpflicht. So lange die bürgerlichen Parteien ſich immer noch weit geringer an der Wahl beteiligen als die ſozialiſtiſchen, tragen ſie ſelbſt dazu bei, daß das Stärkeverhältnis der Parteien in ſchiefem Lichte erſcheint. Das gibt den ſozialiſtiſchen Parteien den Schein einer Stärke, die ſie in Wirklichkeit nicht haben, für die es an tatſächlichem Rückhalt fehlt. **Wird jedem Bürgerlichen Wahlrecht auch Wahlpflicht, ſo iſt dem Sozialismus dieſer Schein ſeiner Macht genommen,** — und ſo wird dem Bürgertum zugleich das Bewußtſein ſeiner wahren Macht geſtärkt. Und das tut uns ſo bitter not. Nur ſo beugen wir der Tyrannei der Straße, geben wir der Arbeiterſchaft die Achtung vor dem Bürgertum und die Erkenntnis zurück, daß das Bürgertum eine Macht iſt, mit der ſie zu rechnen hat. Und dieſe Erkenntnis iſt die Grundlage für eine Geſundung unſerer Verhältniſſe, für die Beſeitigung des zehrenden Klaſſenkampfes, für den gemeinſamen Aufbau — Wahlrecht iſt Wahlpflicht!

Wahlrecht iſt Wahlpflicht. Gerade heute! **Je größer die Not — um ſo zwingender jede Pflicht, um ſo zwingender auch die Wahlpflicht.**

Aus dem Reiche.

Eine neue Verordnung über die Bereitung von Kuchen.

Berlin, 10. Febr. Der Reichsrat hielt am Donnerstag abend eine öffentliche Sitzung ab. Eingegangen ſind eine ganze Reihe von Vorlagen, u. a. ein Geſetzentwurf über vorläufige Zahlungen auf die Körperſchaftsſteuer, ein Geſetzentwurf über die Vertretung der Länder im Reichsrat und der Etat des Reichsverkehrsminiſteriums (Verwaltung der Reichseiſenbahnen) für das Rechnungsjahr 1921. Die Vorlagen wurden den zuſtändigen Ausſchüſſen überwieſen. Der Reichsrat genehmigte eine neue Verordnung über die Bereitung von Kuchen. Die Verordnung beſchränkt ſich darauf, zu beſtimmen, daß zur Herſtellung von Kuchen und Torten zum Brotgetreide nur bis zu 30 Prozent verwendet werden darf. Außerdem wird beſtimmt, daß zur Bereitung von Kuchen und Torten, die gewerblich verkauft werden, Butter, Butterſchmalz, friſche Milch oder Sahne nicht verwendet werden dürfen. Die Strafen wegen Uebertretung der Verordnung ſind: Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldſtrafen bis zu 50 000 Mark. Außerdem können die Betriebe geſchloſſen werden. Im übrigen wurden nur kleinere Vorlagen erledigt.

Einnahmen aus Zöllen und Steuern im Dezember vor. Jahres.

Berlin, 10. Febr. Nach der Ueberſicht für Dezember 1920 wurden in dieſem Monat vereinnahmt (alles in Millionen Mark): Fortdauernde direkte und Verkehrsſteuern 5076,2 (vom 1. April bis Ende Dezember 13 873,5) darunter Einkommenſteuer 1430,9 (3893,0). Einmalige Steuern erbrachten 865,2 (2865,8, darunter Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs 553,4 (1172,6). Aus Zöllen und Verbrauchsſteuern kamen ein insgeſamt 1061,5 (7442,2) davon u. a. Kohlenſteuer 491,3 (3400,1), Tabakſteuer 229,9 (1177,3).

Förderung des Wohnungsbaues.

Das Reichsarbeitsminiſterium teilt mit: Der Reichstag nahm in ſeiner Sitzung vom 3. Februar das Geſetz zur Förderung des Wohnungsbaues an. Auf Grund dieſes Geſetzes wurden von der Reichsregierung 1½ Milliarden Mark als Vorſchuß für die Zuſchüſſe zu Wohnungsbauten zur Verfügung geſtellt. Ihre Verteilung auf die einzelnen Länder erfolgt in den nächſten Tagen. Es darf daher mit der Wiederaufnahme der Wohnungsbautätigkeit in den nächſten Wochen gerechnet werden.

Die engliſche Einladung und die deutſche Antwort.

Berlin, 11. Febr. Von der hieſigen britiſchen Botſchaft iſt dem auswärtigen Amte am 8. Februar folgende Note zugegangen:

Herr Dr. Simons im Auswärtigen Amte. Herr Miniſter, ich habe die Ehre, Eure Exzellenz zu benachrichtigen, daß ich von Sr. Majeſtät die Weiſung erhalten habe, **den Leiter der deutſchen Regierung und ſeine Sachverſtändigen und Berater einzuladen zu der Konferenz in London am 1. März,** an der Vertreter von Frankreich, Großbritannien, Japan und Belgien teilnehmen, die in der Note des Herrn Briand an den Präſidenten der deutſchen Delegation in Paris vom 29. 1. angedeutet war. Ich ſoll ferner Eure Exzellenz erſuchen, die Güte zu haben, ſo ſchnell wie möglich die Namen der Delegierten und Berater mitzuteilen.

Ich benutze dieſe Gelegenheit uſw.

Gezeichnet: D'Abernon.

Darauf hat die deutſche Regierung durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes dem großbritanniſchen Botſchafter D'Abernon folgende, vom 9. Februar datierte Antwotnote zugeſtellt:

Herr Botſchafter! In Erwiderung Ihrer Note vom 8. 2., Nr. 59, beeile ich mich, den Empfang der Einladung zur Londoner Konferenz am 1. März zu beſtätigen. **Unter der Vorausſetzung, daß die Beratungen der Konferenz ſich auch auf die noch zu übermittelnden Gegenvorſchläge der deutſchen Regierung erſtrecken, erklärt ſich die deutſche Regierung** bereit, bevollmächtigte deutſche Vertreter und ſachverſtändige Berater, deren Namen ſo ſchnell wie möglich bekannt gegeben werden ſollen, zu der Konferenz zu entſenden.

Ich benutze dieſen Anlaß uſw.

Gezeichnet: Dr. Simons.

Um die deutſchen Gegenvorſchläge.

Berlin, 11. Febr. Die „Deutſche Zeitung" veröffentlicht einen von beſonderer Seite ſtammenden Artikel über die gegenwärtige Kriſenſtimmung im Reichstag, in dem es unter anderem heißt: **Das Reichskabinett ſteht im Zeichen der deutſchen Gegenvorſchläge für die Londoner Konferenz und iſt vor allem mit Arbeiten beſchäftigt, um möglichſt bald die Gegenvorſchläge dem Verband unterbreiten zu können. Die Stimmung im Reichskabinett iſt zuverſichtlich. An dem Beſchluß, die Pariſer Forderungen vom 1. Februar abzulehnen, wird ſtrikte feſtgehalten. Nach dem Vorentwurf des Reichsfinanzminiſteriums kommt für Deutſchland eine Summe von 150 Milliarden Mark als die höchſte zu bewilligende Wiederherſtellungsſumme in Frage, die auch alle bisher geleiſteten Zahlungen und Lieferungen enthalten muß. Die Regelung ſoll in 30 Jahren erfolgen. Die deutſchen Gegenvorſchläge werden auch eingehend begründen, daß die Summe Deutſchlands Leiſtungsfähigkeit faſt überſteigt. Sie wird nach Paris übermittelt werden mit der Bitte, ſich zu äußern, ob die Gegenvorſchläge in London als vorhandene Baſis neben den Pariſer Beſchlüſſen zugelaſſen werden ſollen. Erfolgt in dieſem Punkte keine Zuſtimmung, dürfte die Reichsregierung die Einladung nach London nicht annehmen, weil die Londoner Verhandlungen dann einem Diktat gleichkämen und Deutſchland ein Diktat nicht zu unterzeichnen gewillt iſt. In dieſem Falle würde die Londoner Konferenz nicht ſtattfinden können. Ebenfalls wird Deutſchland einen Schiedsſpruch Amerikas beantragen, um zwiſchen beiden Parteien zu vermitteln. Sollte der Verband wieder Gewalt anwenden wollen und neues deutſches Gebiet beſetzen, ſo würde Deutſchland dies als Kriegsfall betrachten, der den Verſailler Friedensvertrag vernichtet. Von dieſen Vorſchlägen wird die Regierung die Reichstagsfraktionen und den Reichswirtſchaftsrat in Kenntnis ſetzen. Eine Einberufung des Reichstages iſt jedoch nicht geplant, da eine öffentliche Verhandlung der Gegenvorſchläge untunlich erſcheint.**

Reichstagspräſident Loebe zu den Londoner Verhandlungen.

Breslau, 11. Febr. In der Breslauer „Volkswacht" nimmt Reichstagspräſident Loebe Stellung zu den Londoner Verhandlungen. Er erinnert an die Unterſchrift der Reichsregierung in Spaa und bedauert, daß man die Verpflichtungen nicht ſelbſt erfüllt habe und ſich jetzt von den Gegnern dazu zwingen laſſen müſſe. Die Verpflichtung von 226 Milliarden Goldmark und 36 Milliarden Ausfuhrabgaben unterſchreiben, erklärt Präſident Loebe, hieße nicht nur, wider Treu und Glauben, ſondern gegen alle Vernunft eine Verpflichtung eingehen, deren Unmöglichkeit ſich beim erſten Zahlungstermin kraß offenbaren würde. Alſo wird die deutſche Regierung bei ihrem Nein bleiben müſſen, auch wenn die Entente ſo gütig ſein ſollte, ſich 50 oder 60 Milliarden abhandeln zu laſſen.

Der Reichstagspräſident wirft dann einen trüben Blick in die Zukunft und ſchreibt: **Vielleicht ſchon in den erſten Märztagen wird die Ausſicht auf einen Ausweg verbaut ſein,** und die Alliierten werden zur Ausführung jener Sanktionen ſchreiten, die ſie für den Fall der Nichtbewilligung ihrer Forderungen angekündigt haben. Wird das **Ruhrrevier** beſetzt, ſo dürfte weder die Arbeitsfreudigkeit der Bergleute gehoben werden, noch die Qualität der Kohle ſich beſſern. **Das Heer der Arbeitsloſen wird ebenſo wenig Steuern zahlen wie die ſtillgelegten Betriebe und die geſunkene Produktions- und Konſumtionskraft. Macht allen Ausfuhrabgaben ein ſchnelles Ende! Weder Zölle, noch Steuern, noch Gebühren irgend welcher Art werden dann den Franzoſen zu einer Entſchädigung verhelfen.** Aber welche Folgen die neuen Wirren, die Wirtſchaftskataſtrophe im eigenen Lande haben müßte und welche politiſchen Strömungen nach oben kommen, läßt ſich gar nicht abſehen.

Simons wird Lloyd George antworten.

Berlin, 11. Febr. Miniſter Dr. Simons wird während ſeines Aufenthaltes in Stuttgart eine Rede halten, in der er auf die Rede Lloyd Georges eingehen wird. Der Miniſter wird auch andere ſüddeutſche Städte beſuchen.

Pariſer Stimmen zur Londoner Konferenz.

Paris, 10. Febr. Die **Annahme der Einladung** zur Londoner Konferenz durch die deutſche Regierung wird auch vom Temps als **eine Folge der Reden Lloyd Georges** bezeichnet. Man müſſe jedoch, ſo erklärt das Blatt, bedenken, daß die deutſchen Proteſte die Mahnung nahelegten, Frankreich müſſe ſtark bleiben, ſonſt würde die Kriegsgefahr bald wieder vorhanden ſein. Die korrekte Antwort der deutſchen Regierung erinnere daran, daß die Verbündeten nur dann ihr Ziel erreichen würden, wenn ſie einig blieben. Von dieſem Gedankengang aus betrachtet das Blatt die Ausſichten der Londoner Konferenz. Die verbündeten Regierungen müßten allein entſcheiden, wie weit ſie gehen wollten, das heißt, inwiefern ſie die deutſchen Gegenvorſchläge in Erwägung zu ziehen gedächten. Jede Löſung müſſe als ungerecht erſcheinen, die den Gläubigern Deutſchlands nicht die gleichen Vorteile gewähre, die das Abkommen von Paris vorſehe. **Wenn Deutſchland Gegenvorſchläge mache, dann müßten die verbündeten Regierungen mit neuen Gedanken kommen.** Sie dürften ſich nicht an den Text binden, der am 29. Januar in Paris feſtgeſetzt worden ſei, denn unzählige Syſteme könnten zum Ziele führen. **Wenn z. B. Deutſchland mit den Plänen von Spaa komme,** alſo mit der Frage der Stellung deutſcher Arbeiter, müßten die Verbündeten im voraus wiſſen, was ſie darauf antworteten. Schließlich gebe es auch noch andere Fragen, die zur Sprache kommen könnten. So z. B. die erſte Zahlung von 20 Milliarden Goldmark, die Begrenzung der Koſten für die Beſetzung, die Frage der Kontrolle der ausländiſchen deutſchen Anleihen, den etwaigen Zwang, den man auf die deutſche Regierung ausüben wolle, um ſie zu zwingen, für die Verbündeten im Ausland Geld zu leihen. Alles das müſſe in Betracht gezogen werden, aber ſchließlich müſſe man auch Klarheit über die Maßnahmen ſchaffen, durch die man die Ausführung der Abmachungen erzwingen wolle. Frankreich vor allem als Hauptgläubiger müſſe die Konferenz von London vorbereiten. Es müſſe mit klaren Richtlinien kommen und ſich vorher über alles mit den Verbündeten verſtändigen.

Auch das Journal des Debats ſagt, **Deutſchland habe das Recht, Vorſchläge in London zu unterbreiten.** Die Deutſchen könnten die beſte Art und Weiſe angeben, wie ſie ihre Einnahmequellen auszunutzen imſtande ſeien. Hoffentlich würden ſie die Lage nicht erſchweren und nicht mit leeren Taſchen zur Konferenz kommen. Es ſei **notwendig, eine Kontrolle über die Verwendung der deutſchen Steuern einzurichten.** Jedenfalls aber ſei es falſch, zu ſagen, Deutſchland würde die franzöſiſche Induſtrie ruinieren, wenn es die ſeine entwickle, um bezahlen zu können. Es ſei aber auch falſch, zu behaupten, man ruiniere Deutſchland wenn man ihm Zahlungen aufzwinge, die über ſeine Kräfte gingen. Deutſchland könne Frankreich viele Produkte liefern, die Frankreich nicht herſtelle.

Die Stellung der engliſchen Gewerkſchaften.

„Höfliche Ablehnung" des deutſchen Aufrufs.

Rotterdam, 10. Febr. Nach Londoner Meldungen hat die engliſche Trade-Union den Aufruf der deutſchen Arbeiterverbände gegen die Pariſer Beſchlüſſe zur Kenntnis genommen, ohne die Unterſtützung des deutſchen Aufrufs auszuſprechen. „Daily News" ſieht darin eine höfliche Ablehnung der deutſchen Aktion für die Solidarität der Arbeiter Europas gegen die Ententediktate.

* * *

Die Haltung der engliſchen Arbeiter zu dem Aufruf der deutſchen Gewerkſchaften iſt zwar nicht gerade ſo ſchroff wie die der franzöſiſchen Arbeiterorganiſationen, die ſchon nach ihrer Faſſung eine ſchallende Ohrfeige bedeutete. Wenn die engliſchen Arbeiter auch etwas höflicher bleiben, ſo iſt ihre Haltung doch nicht minder deutlich. Wir befürchten leider, daß es noch vieler ſolcher Lehren bedarf, ehe manche Kreiſe der deutſchen Arbeiterſchaft von ihrem Internationalitätswahn geheilt ſind. Die franzöſiſchen und die engliſchen Arbeiter rufen die Internationalität an, wenn es für ihre Zwecke günſtig iſt und der deutſche Arbeiter iſt dann jedesmal ſo — idealiſtiſch, ſeine Solidarität zu bekunden. **Bis jetzt war auf der Gegenſeite ein ähnliches Verhalten nicht zu bemerken.**

Falſche Gerüchte und verfehlte Hoffnungen.

Berlin, 11. Febr. In mehreren Berliner Abendblättern ſtehen ganz abenteuerliche Gerüchte über die Ausarbeitung der deutſchen Gegenvorſchläge. Danach würde Deutſchland 150 Milliarden Goldmark in jährlichen Abzahlungen während der nächſten 30 Jahre anbieten und im Falle der Nichtannahme durch die Entente ein Schiedsgericht durch Amerika beantragen.

An derartigen Tartarennachrichten iſt natürlich kein wahres Wort. Die deutſchen Gegenvorſchläge ſind erſt in Vorbereitung und irgend welche Zahlen ſich noch gar nicht feſtgeſetzt. An die Rettung Amerikas aber denkt Deutſchland nicht. Amerika hat nur das eine Beſtreben, ſich nicht an den europäiſchen Wirren zu beteiligen und trotzdem möglichſt großen Vorteil aus ihnen zu ziehen. Irgendwelche **Hoffnung auf amerikaniſche Hilfe zu ſetzen, iſt daher verfehlt und für die deutſchen Intereſſen nur ſchädlich.**

München, 11. Febr. Die politiſche Erregung ruft in München die ſonderbarſten Kombinationen hervor, die in der Bevölkerung auch Glauben finden. So war geſtern ernſthaft verbreitet, die Orgeſch ſei mobiliſiert. Niemand wußte, zu welchem Zwecke das hätte geſchehen ſollen, aber das Gerücht drang auch in den Landtag und gab der Regierung Veranlaſſung, es ausdrücklich zu dementieren. Die bayeriſche Landesbauernſchaft erklärt in einem von ihrem Präſidenten Dr. Heim unterzeichneten Proteſt gegen das unerfüllbare Pariſer Diktat, daß, wenn Deutſchland ſich dazu entſchließen würde, die bayeriſche Einwohnerwehr zu opfern, es damit ein **wertloſes Opfer** bringen würde.

Bayern zur Entwaffnung bereit.

Geſtern ſchien es noch, als ob die deutſche Regierung dem Reiche eine ernſte Verwicklung mit dem Verband wegen der Entwaffnungsfrage nicht erſparen wolle. Vorzüglich an die Bemühungen der Deutſchen demokratiſchen Partei iſt es zurückzuführen, daß tatſächlich eine Einigung doch erzielt wurde, den Anordnungen der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage Folge zu geben. Der Wortlaut **des vom** Miniſterrat gefaßten und von den **Koalitionsparteien** gebilligten Beſchluſſes iſt folgender:

„Die bayeriſche Regierung kann von ihrem Standpunkt über die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Behandlung der Pariſer Beſchlüſſe nicht abgehen, wird ſich aber in der Entwaffnungsfrage den Anordnungen, welche die Reichsregierung für notwendig hält und verfaſſungsmäßig erläſſen wird, nicht widerſetzen. Die Verantwortung dafür muß Bayern jedoch der Reichsregierung überlaſſen; Bayern iſt gewillt, die ſchwere Not, die der Frieden von Verſailles uns auferlegt hat, gemeinſam mit den Ländern und dem Reich zu tragen.“

Die Verhandlungen ſind nach einer weiteren Drehung auf dieſer Grundlage geſtern beendet worden.

Der Standpunkt der bayriſchen Regierung.

WTB München, 11. Febr. Die mehrtägigen Beratungen der bayeriſchen Staatsregierung und der **Koalitionsparteien** haben mit Zuſtimmung aller beteiligten Faktoren zu der an die Reichsregierung zu richtenden Erklärung der bayeriſchen Regierung heute abend ihren Abſchluß gefunden. Die Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben der Schwere und der Bedeutung des Augenblicks in jeder Weiſe Rechnung getragen. Wenn trotzdem das Ergebnis der mehrtägigen Beratungen die in erfreulicher Einmütigkeit geführt und auch von der Mehrheit der Preſſe in dankenswerter Geſchloſſenheit unterſtützt wurden, an dem bisherigen Standpunkt der bayeriſchen Staatsregierung feſthält, ſo beweiſt dies, daß das bayeriſche Volk und die bayeriſche Regierung in der Beibehaltung des Selbſtſchutzes auch heute noch eine Lebensfrage erblickt. Die bayeriſche Staatsregierung hat demzufolge von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Reichsregierung ebenſo wie ſie die unerhörten Reparationsforderungen ablehnt, auch dem Entwaffnungsdiktat nicht zuſtimmen dürfe, die beide ein untrennbares Ganze bilden. Die bayeriſche Staatsregierung erkennt jedoch an, daß die Reichsregierung die letzte Entſcheidung in der Verantwortung ihrer Maßnahmen zufällt. Die bayeriſche Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben ſich in ihren Beratungen ausſchließlich von vaterländiſchen Intereſſen leiten laſſen. Es iſt das Beſtreben der bayeriſchen Staatsregierung, die Poſition der Reichsregierung gegenüber dem geſchloſſenen Willen der Ententemächte zu ſtärken. In dieſem Geiſte ſind auch ihre Verhandlungen gepflogen worden. Wenn nicht überall mit gleicher Sachlichkeit die Frage beraten worden iſt, ſo iſt das zu bedauern.

Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 11. Febr. Die geſtrige Kammerdebatte ging erſt um Mitternacht zu Ende. Der Abgeordnete Forgeot ſprach ſich in einer zweiten Rede für den Abbruch der Londoner Verhandlungen aus, wenn eine Verbeſſerung für Frankreich nicht erzielt werde. Daraus entſpann ſich eine ſehr lebhafte Auseinanderſetzung zwiſchen dem Miniſterpräſidenten und Forgeot. Briand erklärte, Forgeot auf dieſem Wege nicht folgen zu können und riß durch ſeine Beredſamkeit die ganze Kammer mit ſich. Hierauf wurde die Tagesordnung Fabry angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

Die Kammer ſpricht der Regierung ihr vollſtes Vertrauen aus, um die begonnenen Unterhandlungen mit unſeren Alliierten fortzuführen, und zwar im vollen Einverſtändnis mit ihnen, um die völlige Abrüſtung Deutſchlands herbeizuführen, die Rechte Frankreichs auf ſeine Wiedergutmachungen zu wahren und unerläßlichen finanziellen Erleichterungen für ſeine wirtſchaftliche Wiederherſtellung zu realiſieren. Sie rechnet auch auf die Feſtigkeit der Regierung in der Anwendung aller Sanktionen, die notwendig und dazu beſtimmt ſind, die Ausführung des Verſailler Vertrages zu garantieren und geht zur Tagesordnung über.

Das Vertrauensvotum wurde mit 387 Stimmen gegen 183 Stimmen angenommen.

Oberſchleſien vom Ausgang der Londoner Tagung abhängig.

Wie der Deutſchen Zeitung gemeldet wird, rechnet man in Oberſchleſien mit einer neuen Verſchiebung der Abſtimmung und zwar bis zur endgültigen Entſpannung der augenblicklichen Lage in Europa. Die franzöſiſchen Behörden in Oberſchleſien haben in den letzten Tagen diesbezügliche Anordnungen vorläufiger Art erhalten. Von polniſcher Seite wird verbreitet, daß im Falle einer deutſchen Weigerung in London eine Abſtimmung überhaupt nicht ſtattfinde und Polen auf Frankreichs Geheiß Oberſchleſien beſetzen werde, um die Forderungen der Entente auch im Oſten ſicher zu ſtellen.

Aus Oberſchleſien.

WTB. Berlin, 10. Febr. Da neuerdings von verſchiedenen Stellen im Reiche Geldſammlungen für die Volksabſtimmung in Oberſchleſien veranſtaltet werden, wird erneut darauf hingewieſen, daß die einzige hierfür behördlich genehmigte Sammlung die Grenzſpende für Oberſchleſien, Berlin NW 52, Schloß Bellevue iſt, deren Landesſammelſtellen von den „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberſchleſier“ und dem „Deutſchen Schutzbund“ geleitet werden.

Oberſchleſiſche Enthüllungen.

Polniſche Mörder-Zentralen.

Großes Aufſehen erregt im Kreiſe Neuſtadt-Oberſchleſien ein von dem früheren Mitarbeiter des polniſchen Plebiszitkommiſſariats in Klein-Strehlitz, Lucas Jakob, veröffentlichtes Flugblatt gegen den früheren oberſchleſiſchen Plebiszitkommiſſar Wiczabo in Klein-Strehlitz. Jakob erklärt, daß er den Polen den Rücken gekehrt habe, weil er mit Mördern nichts gemein haben wolle. Otremba, derſelbe Mann, der lebhaften Verkehr mit dem Polenherrn in Oberglogau (dem Grafen Oppersdorff) unterhalte und über Hunderttauſende verfüge, habe ihn zum Mörder machen wollen. Zweimal habe er ihm, Jakob, je 10 000 Mark für die Ermordung zweier mißliebiger Perſonen angeboten, darunter des Joſeph Palter. Palter wurde danach wirklich ermordet. Auch an dem Morde eines gewiſſen Sutz war Otremba beteiligt. Die Mörder Greila und Fuz wurden mit Fahrrädern verſehen, um ſich der verdienten Strafe durch Flucht über die Grenze zu entziehen. Nun haben auch Otremba und eine Anzahl weiterer Mordhelfer das Weite geſucht, weil ein Haftbefehl wegen Mordes gegen ſie ergangen iſt.

Seit einigen Tagen erſcheint im Kreiſe Neuſtadt (O.-S.) eine neue große polniſche Zeitung in polniſcher Sprache. Außerdem erſcheint in Oppeln von geſtern ab eine neue große polniſche Zeitung in deutſcher Sprache, die den Namen „Oderwacht“ führt.

Die polniſche Propagandaleitung arbeitet weiter mit Hochdruck. Trotz des kirchlichen Verbotes geht auch die Agitation landfremder Geiſtlicher weiter, wie auch die der Poſener Lehrer und Kreisſchulräte. Vom polniſchen Roten Kreuz wird eine Hausagitation betrieben, die die **Verteilung von Lebensmitteln** uſw. vorſieht, wenn die Beſchenkten ſich verpflichten, ihre Stimme für Polen abzugeben. — **Aus dem** Poſener Gebiet erfährt man, wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, immer häufiger, daß die Poſener Polen die oberſchleſiſche Abſtimmung mit beſonders reichen Erwartungen verfolgen. Die polniſche Regierung hat durch ihre Unfähigkeit in Poſen eine gewiſſe Trauer um die dahingegangene, unbedingt korrekte deutſche Verwaltung hervorgerufen. Wenn man auch in amtlichen Kreiſen nichts davon hören will, ſo hoffen doch in der Bevölkerung große Teile, bei einem oberſchleſiſchen Votum für Deutſchland auch die Poſener Bindung zu lockern.

Der Reichswehrminiſter für eine Wehrhaftmachung Oſtpreußens.

Memel, 11. Febr. Der Reichswehrminiſter Dr. Geßler ſagte in einer in Tilſit am Montag gehaltenen Rede über die Lage Oſtpreußens unter anderem:

„Meine Beſtrebungen ſind darauf gerichtet, Oſtpreußen unter allen Umſtänden eine Verbindung mit dem deutſchen Mutterlande zu erhalten. Unſere Beſtrebungen gehen weiter dahin, Oſtpreußen das Schickſal eines neuen Einfalls zu erſparen. Wir wiſſen, daß Polen an der Grenze Truppen zuſammenzieht und daß es die ſtärkere und nicht ſchlechtere Hälfte ſeiner Truppen gegen die deutſche Grenze bereit hält. Wir erwarten vom Völkerbund, daß er uns ſchützt vor einem Einfall. Ich ſage es aber auch ganz offen, daß, wenn wider Erwarten ſich dies nicht erfüllen ſollte, wir unter allen Umſtänden alles einſetzen werden, um den deutſchen Boden in Oſtpreußen und ſonſt an der Grenze mit allen Mitteln zu verteidigen.“

Die Beſatzungskoſten.

Berlin, 10. Febr. Wie wir in Ergänzung früherer Meldungen erfahren, erhält in der franzöſiſchen Beſatzungsarmee ein Unterleutnant (unverheiratet) 10 800 Franken gleich 47 196 Mark, verheiratet 12 000 Franken gleich 52 440 Mark, ein Leutnant (unverheiratet) 13 200 Franken gleich **57 684 Mark, verheiratet 15 600 Franken gleich 68 172 Mark, ein Hauptmann (unverheiratet)** 16 800 Franken gleich 73 416 Mark, verheiratet 18 000 Franken gleich 81 262 Mark, ein Major (unverheiratet) 24 000 Franken gleich 104 880 Mk. Die Umrechnung iſt hier nach dem Kurſe vom 3. Januar 1921 (1 Franken gleich 4,37 Mk.) erfolgt. Zum Vergleich ſei angeführt, daß unter Berückſichtigung der jüngſten Beſchlüſſe, erhöhten Teuerungszulagen ein deutſcher Beamter der Gruppe 13 (Miniſterialrat, Oberſt uſw.) im Höchſtfalle 45 900 Mark erhält, alſo nicht ſoviel wie ein unverheirateter franzöſiſcher Unterleutnant. Der deutſche Reichskanzler erhält mit 110 500 Mark nur 5620 Mark mehr als ein franzöſiſcher unverheirateter Major.

Ablehnung des deutſchen Kohlenangebots.

Baſel, 10. Febr. „Echo de Paris“ zufolge iſt das von Deutſchland überreichte Memorandum, wonach vom 1. Februar ab nur noch 1,8 Millionen Tonnen Kohle geliefert werden ſollen, der Wiedergutmachungskommiſſion überwieſen worden. In dieſer iſt der deutſche Vorſchlag mit allen gegen eine Stimme verworfen worden.

Gegen Lüge und Verleumdung.

Berlin, 11. Febr. Die Natl. Korr. meldet: Wie wir aus ſicherer Quelle erfahren, beſchäftigen ſich maßgebende Vertreter des Volkes, der Wirtſchaft und des Geiſteslebens mit der Gründung einer alle Kreiſe umfaſſenden **Deutſchen Geſellſchaft zur Bekämpfung der feindlichen Propaganda wegen der angeblichen deutſchen Kriegsſchuld und der deutſchen Kriegsverbrecher. Die Geſellſchaft beabſichtigt darüber hinaus auch endlich den Nachweis zu führen, wie von feindlicher Seite der Krieg planmäßig jahrelang** vorbereitet worden iſt, welche Kriegsgreuel von den Feinden begangen worden ſind und in welch furchtbarer Weiſe die feindliche Blockade auf die politiſche Entwicklung wirkte, wie man das Deutſchtum im Auslande behandelt und in welcher Weiſe man nach Abſchluß des Friedens den Kampf gegen die Deutſchen in den feindlichen Ländern und im beſetzten Gebiet fortgeſetzt hat. Aus den Kreiſen der Deutſchen Volkspartei ſind es vor allem die Abgeordneten Dr. Streſemann und Freiherr von Lerſner, die an den Vorarbeiten für die Gründung der Geſellſchaft teilnehmen.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 11. Februar

Nichtwähler.

„Im Wahlkreis X., bei den letzten Wahlen,
Siegten enorm die Radikalen,
Weil vierzig von hundert der Wähler fehlten“ —
Du, Freund, warſt bei denen, die nicht wählten

„In Y. ſchlugen, wer hätt' es geglaubt,
Die U. S. P. D. er alle aufs Haupt.
Die Wahlbeteiligung war äußerſt flau“ —
Auch Du bliebſt zu Hauſe, ich weiß es genau.

Ihr Freunde aus Y. und aus X.!
Preisgeber Ihr des eigenen Glücks!
Was konntet Ihr und Euresgleichen,
Gingt Ihr zur Urne, nicht alles erreichen!

So aber kann ſich jederzeit,
Wer vor der Wahl recht kräftig ſchreit,
In aller Ruhe auf die Maſſen
Nicht abgegebner Stimmen verlaſſen. (Werle.)

*

— **Dienſttuender Arzt** iſt am Sonnabend nachmittag und Sonntag Herr Dr. Weiß.

— **Warnung vor Mädchenhändlern.** Hier in Gevelsberg wie in Milspe ſcheinen Mädchenhändler ihr unſauberes Geſchäft zu treiben. So wurde in der Hagener Straße ein Mädchen von einem dieſer Gauner angeſprochen, der um Auskunft bat, welcher Weg zum Forſthauſe führt. Ein anderer Fall ereignete ſich in Milspe. Dort wurde in der Bahnhofſtraße ein junges Mädchen von zweien dieſer Unholde angeſprochen und gebeten, doch mit ſpazieren zu gehen. **Als das Mädchen dies ablehnte, wurde es gewaltſam mitgenommen, bis es ſich in der Nähe des Bahnhofs Milspe losriß. Es wäre dringend nötig,** derartige Fälle direkt der Polizei zu melden, damit den unſauberen Patronen das Handwerk gelegt wird.

— **„Kinder in Not“.** Wie ſchon bei früheren Gelegenheiten, ſo zeigt der Quartett-Verein „Glocke“ ſeine Hilfsbereitſchaft für eine gute Sache aufs neue, indem er ein Wohltätigkeits-Konzert veranſtaltet, deſſen Reinertrag dem Vaterl. Frauen-Verein Gevelsberg für die „Kinder in Not“ überwieſen werden ſoll. Bei der Veranſtaltung, die am 25. Februar im Hotel „Zur Hauſe“ ſtattfindet, wirken namhafte Künſtler mit u. a. Violinvirtuoſe Anton Schömacker, Barmen, der ſeine Zuſage bereits gegeben hat. Im Intereſſe unſerer notleidenden Kinder ſei auf dieſe wohltätige Veranſtaltung bereits heute empfehlend hingewieſen.

— **Zentrumsverein.** Alle chriſtlichen Frauen und Männer, Jungfrauen und Jünglinge des Windhorſtbundes und ſolche, die ihm beitreten wollen, alle Freunde ausgleichender Gerechtigkeit, chriſtlicher Solidarität, im wahlfähigen Alter, ſind nochmals hingewieſen auf die am Montag den 14. d. M. im Saale Juſtus Schilken ſtattfindende öffentliche Zentrumsverſammlung. Saalöffnung um 6 Uhr. **Einer der hervorragendſten Redner der Jetztzeit,** Profeſſor Dünnebacke, wird die Erſcheinenden in geiſtreichſter Weiſe feſſeln.

— **Die öffentliche Frauenverſammlung** am geſtr. Abend ſtellte Frau Anton-Hagen vor die Aufgabe, zu reden über „Die chriſtliche Frau und das Zentrum“. Sie wies hin auf die ſchwere geiſtige und wirtſchaftliche Not unſerer Zeit und führte die lauſchenden Zuhörerinnen vorbei an den tiefen Abgründen der moraliſchen Verkommenheit und ſkrupelloſen Gewinnſucht unſerer Tage zu den lichten Höhen der echten, rechten Frauenwürde und der alles umfaſſenden chriſtlichen Nächſtenliebe, die allein die wirtſchaftlichen Gegenſätze zu überbrücken und einen ſozialen Ausgleich zu ſchaffen vermag. Ihre klaren Ausführungen löſten mit unabweisbarer Folgerichtigkeit allgemein die Ueberzeugung aus: Die chriſtliche Frau darf am Wahltage nur der Partei ihre Stimme geben, welche die Frauenehre, die Frauenwürde, die Fraueninteressen ſchützt und fördert, der Partei, die nicht Klaſſenhaß, ſondern Klaſſenverſöhnung als Parole ausgibt, die nicht den ſchroffen Gegenſatz, ſondern herzliches Einvernehmen zwiſchen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anſtrebt und ein tiefes Verſtändnis zeigt für die beiderſeitigen Rechte, Pflichten und Bedürfniſſe: der Zentrumspartei. Daran anknüpfend ermahnte der Vorſitzende, Duchêne, zu recht reger ſtiller Mundagitation, die mehr wert iſt, als verſchiedene marktſchreieriſche Mittel. Er betonte den wichtigen Einfluß der Frau, der Mutter und zeigte, daß die Landtagswahlen gerade diesmal erhöhte Bedeutung haben, daß die chriſtliche Frau ihr Wahlrecht ſcharf erfaſſe und ihre Wahlpflicht zu einem Treubekenntnis mache für den Wahlſpruch der Zentrumspartei: Für Wahrheit, Freiheit, Recht.

— **Vom Reichsbund der Kriegsbeſchädigten und -Hinterbliebenen Schwelm** wird uns geſchrieben: Diejenigen Kameraden und Kameradinnen, welche Intereſſe hegen, eine Ortsgruppe des Reichsbundes zu gründen, laden wir am Sonntag, den 13. Februar zu einer Beſprechung im Lokale des Hotels „Zur Hauſe“, Hagenerſtraße, freundlichſt ein.

— **Keine Erhöhung der Erwerbsloſen-Unterſtützung.** Die von einer Korreſpondenz verbreitete und auch von uns wiedergegebene Mitteilung, das Reichsarbeitsminiſterium habe eine Erhöhung der Erwerbsloſen-Unterſtützung beſchloſſen, wird als unzutreffend erklärt. Von den zuſtändigen Stellen in Berlin wird mitgeteilt, es werde zur Zeit nicht beabſichtigt, die Unterſtützung, die erſt am 1. November 1920 den Bedürfniſſen des Winters angepaßt wurde, weiter heraufzuſetzen.

— **Lohnbewegung der Bauarbeiter im bergiſchen Gebiet.** Die am Tarifvertrag für das Baugewerbe im bergiſchen Bezirk beteiligten Arbeitnehmerorganiſationen hatten einen Antrag auf Erhöhung der Stundenlöhne um 1,05 ℳ geſtellt, die vom Arbeitgeberverband abgelehnt wurde. Daraufhin kam die Lohnfrage vor dem neuerrichteten Bezirkslohnamt für das Baugewerbe (die Bezirke Köln, Düſſeldorf und Bergiſches Land umfaſſend) zur Verhandlung, das am 31. Januar einen Schiedsſpruch fällte, der eine Erhöhung der Stundenlöhne um 40 Pfennig vom 27. Januar ab vorſieht. Dieſer Spruch iſt vom Arbeitgeberverband angenommen worden, aber nur unter der Bedingung, daß auch die Bezirke Köln und Düſſeldorf ihm zuſtimmen. Dieſe Bedingung iſt jedoch nur zum Teil erfüllt worden, da der Düſſeldorfer Verband und eine Reihe von Ortsverbänden des Kölner Verbandes den Schiedsſpruch abgelehnt haben. Es muß daher, bevor die Erhöhung auch im hieſigen Bezirk wirkſam wird, zunächſt eine Erklärung der Frage in den anderen Verbänden abgewartet werden. Verhandlungen darüber ſind bereits eingeleitet, ſo daß eine Entſcheidung in kürzeſter Friſt ermöglicht werden kann.

— **Die Januar-Unterſtützungen des Deutſchen Kriegerbundes.** Im Monat Januar 1921 wurden durch die Zentralunterſtützungskaſſen des Deutſchen Kriegerbundes und des Preußiſchen Landes-Kriegerverbandes an Unterſtützungen bewilligt: an Kameraden-Unterſtützungen 23 655 ℳ, an Notſtands-Unterſtützungen 425 ℳ, an Stockmarr-Gaben 180 ℳ, aus der „Sammlung für Hinterbliebene 1914 bis 1918 gefallener Kameraden“ 4125 ℳ, aus dem „Fürſorgefonds“ 1490 ℳ, an Witwen-Unterſtützungen 520 ℳ, aus der „Preußiſchen Krieger-Stiftung Wilhelm II.“ an Veteranen der früheren Kriege bezw. Witwen von ſolchen 26 000 ℳ, insgeſamt 56 395 ℳ.

— **Internationaler Kongreß in Düſſeldorf.** Anfang März wird in Düſſeldorf ein internationaler Kongreß der chriſtlichen Textilarbeiterverbände, der erſte nach dem Kriege, abgehalten werden. Er wird ſich mit der Frage der Arbeitszeit und der Lohnfrage befaſſen.

— **Provinzialverband der Beamtenvereine.** In Hamm tagten die Vertreter der weſtfäliſchen Beamten- und Lehrervereine, um zunächſt den Bericht des Provinzialvorſitzenden, Oberpoſtſekretär Baumhoff (Hagen) über den Stand der Ortsklaſſeneinteilung entgegenzunehmen. Baumhoff berichtete als Mitglied des Reichsgutachterausſchuſſes über die Grundſätze, die bei der Einſtufung der Orte maßgebend ſein würden. Neben der amtlichen Teuerungsſtatiſtik, deren große Mängel er zutreffend beleuchtete, wolle die Regierung maßgebend ſein laſſen die Größe des Ortes, die Wohnungsſtatiſtik vom Jahre 1918, die Geſtaltung der Arbeiterlöhne, namentlich den Reichslohntarif. Beſondere Fürſorge würden auch Eiſenbahnknotenpunkte, Badeorte, Grenzgebiete und Orte mit vielen Behörden finden. Dagegen würden die Arbeitsloſenſätze, die Kriegseinſtufungen in billige und teure Orte keine Rolle ſpielen. Des weiteren führte er aus, daß die Regierung es ſchlags, in den Orten unter 10 000 Einwohnern ſtatiſtiſche Ermittelungen anzuſtellen, daß ſie vielmehr für dieſe Orte die jetzt ſchon eingeſtuften Orte als Richtorte gelten laſſen wolle. Auch habe ſie feſt zugeſagt, beſtimmte Wirtſchaftsgebiete, wie das Induſtriegebiet, einheitlich zu behandeln. Die endgültigen Verhandlungen würden Anfang Februar beginnen. Jedoch ſei an eine Verabſchiedung des Geſetzes vor Ende März nicht zu denken. Eine lebhafte Ausſprache löſte die Differenzierung der Kinderzuſchläge und des Teuerungszuſchlages nach Ortsklaſſen aus. Dazu wurde folgende Entſchließung angenommen: „Der Provinzialverband des Deutſchen Beamtenbundes für Weſtfalen erblickt in der nach Ortsklaſſen verſchiedenen Feſtſetzung des Ausgleichszuſchlags und der Kinderzulagen eine unberechtigte und darum ungerechte Zurückſetzung der Beamten des Landes und der kleinen Städte. Er erwartet vom Deutſchen Beamtenbund, daß er mit allen Mitteln auf Beſeitigung dieſer ungerechten Behandlung ſeiner Mitglieder drängt.“ Außerdem wurden folgende Entſchließungen angenommen: „Der Provinzial-Verband erwartet, daß das Beamtenrätegeſetz ſofort dem Reichstag zugeht und von dieſem mit größter Beſchleunigung verabſchiedet wird. Er erwartet ferner, daß unverzüglich eine Vorlage betr. Neuregelung des geſamten Beamtenrechts ausgearbeitet und dem Reichstag vorgelegt wird.“ „Der Provinzial-Verband gibt der beſtimmten Erwartung Ausdruck, daß die Auszahlung der Bezüge auf Grund der neuen Beſoldungsgeſetze unverzüglich erfolgt.“ Nach einem Vortrag des Oberpoſtſekretärs Boyer (Münſter) über die Tagung des Beamtenwirtſchaftsbundes in Berlin wurde eine Reihe geſchäftlicher Angelegenheiten erledigt. In den Bundesausſchuß des Deutſchen Beamtenbundes wurden gewählt: Ober-Poſtſekretär Baumhoff (Hagen) und Eiſenbahnſekretär Klein (Münſter). Anſtelle des wegen Krankheit ausgeſchiedenen Studienrats Großjohann (Oeynhauſen) wurde Studienrat Dr. Heibges (Lippſtadt) in den Vorſtand berufen.

— **Der Bezirksausſchuß für Vieh- und Fleiſchverkehr** im Wirtſchaftsgebiet Weſtfalen-Lippe, der ſich aus Vertretern der landwirtſchaftlichen Hauptvereine, der Bezirksgruppen des Deutſchen Viehhändlerbundes und des Deutſchen Fleiſcherverbandes, ſowie aus Vertretern der Verbraucherſchaft zuſammenſetzt, hat im Wege freier Vereinbarung der beteiligten Intereſſengruppen nach eingehenden Beratungen folgende Erzeugergrundpreiſe für das Wirtſchaftsgebiet und die gegenwärtige Zeit als ausreichend erachtet: Schweine, ſchlachtreife Ware guter Qualität, Lebendgewicht, nüchtern gewogen oder mit 5 Proz. Abzug ab Stall 1 000 ℳ je Ztr. einſchl. Umſatzſteuer. Kälber, nüchtern gewogen oder mit 5 Proz. Abzug bei 50prozentiger Schlachtausbeute 500 bis 700 ℳ je Ztr. einſchl. Umſatzſteuer. Rindvieh, gute Ware nüchtern gewogen oder mit 5 Proz. Abzug 600 ℳ je Ztr. einſchl. Umſatzſteuer. Bei mehrwertigen Tieren kann hier ein Preisaufſchlag bis zu 100 ℳ je Ztr. erfolgen; für minderwertige Ware ſind entſprechende Abzüge vorzunehmen bis zu einem Preiſe von 300 ℳ je Ztr. — An Gewinnſätzen für die Gewerbe wurde folgendes feſtgelegt: Den Viehkommiſſionären wird für ſämtliche Vieharten ein Bruttogewinn von 1 Proz. zugebilligt. Der Viehhändlergewinn wird als Bruttogewinn von 20 ℳ je Ztr. bei Schweinen und 15 ℳ je Ztr. bei Rindvieh und Kälbern feſtgelegt, ſodaß ſich der Verkaufspreis errechnet aus Nettoeinkaufspreis + 1½ Proz. Umſatzſteuer + 1 Proz. Riſikoprämie + Eiſenbahnfrachtkoſten (g. F. + Futterkoſten und Schwund) + Gewinn. Der Metzgerverdienſt berechnet ſich nach Aufſchlag auf den Nettoeinkaufspreis von 1½ Proz. Umſatzſteuer, 1 Proz. Riſikoprämie, Transportkoſten, Schlachthausgebühren und ſonſtigen variablen Poſitionen. Er ſoll je nach der Teuerungszulage des Ortes und den beſonderen Betriebsverhältniſſen beim Verkauf von Fleiſch als Aufſchlag aufs Schlachtgewicht 1 ℳ bis 1,50 ℳ je Pfd. betragen. — Die nach dieſen Grundſätzen erfolgende Berechnung der Kleinverkaufsfleiſchpreiſe überläßt der Ausſchuß wegen der Verſchiedenheit der beweglichen Koſten und der örtlichen Wirtſchaftsverhältniſſe den zuſtändigen Ortsſtellen. Die im Ausſchuß vertretenen Organiſationen haben ſich verpflichtet, ihrerſeits alles zu tun, um den aufgeſtellten Richtlinien im Kreiſe ihrer Mitglieder Geltung zu verſchaffen. Sie bitten, alle in Betracht kommenden Behörden, ſowie die Oeffentlichkeit, ſie bei dieſer Aufgabe tatkräftig zu unterſtützen. Eine geſunde Preisgeſtaltung auf dem Vieh- und Fleiſchmarkte kann nämlich nur dann herbeigeführt werden, wenn alle Kreiſe der Bevölkerung die Vereinbarungen der Intereſſenorganiſationen beachten und bedacht ſind ihre Innehaltung mit zu überwachen. Der Ausſchuß betont ausdrücklich, daß in den oben aufgeführten Richtlinien für die gegenwärtige Zeit Produktions- und Verarbeitungskoſten ausreichend gedeckt ſind, daher eine Mehrforderung jedweder Berechtigung entbehrt; er erachtet erheblich darüber hinausgehende Forderungen als ſtrafbar im Sinne der Preistreibereiverordnung vom 8. 5. 1918.

Weſtfalen und Rheinland.

* **Schwelm**, 11. Febr. Ein ſchwerer Einbruchsdiebſtahl iſt geſtern morgen zwiſchen 4 und 6½ Uhr bei der Firma G. R. verübt worden. Mit einer Eiſenſtange haben die Täter auf der Oſtſeite der Fabrik deren Fachwerksmauer durchſtoßen und dann ein großes Loch in die Mauer gebrochen, durch das ſie in das Innere der Fabrik gelangten. Geſtohlen haben ſie über 400 Groß Schnürriemen, davon 348 Eiſengarnſchnürriemen von 90 Zentimeter Länge. Ferner haben die Täter noch ca. 100 Meter buntes Kunſtſeidenband geſtohlen. Der Geſamtwert der Diebesbeute beträgt 20 000 Mark. Es ſind verdächtige Perſonen bemerkt worden, deren Spur verfolgt wird.

hn. **Hagen**, 10. Febr. Der Gedanke, für die gefallenen Krieger auf dem Friedhof einen Gedenkſtein zu errichten, hat in der Bevölkerung Hagens freudigen Widerhall gefunden. Die erſten 100 000 Mark ſind gezeichnet.

* **Witten**, 10. Febr. An der Ecke Stein- und Wieſenſtraße fanden Kinder vor einem Geſchäftshauſe in der Straßenrinne eine kleine Menge Haferflocken und aßen davon. Bei allen Kindern ſtellten ſich kurz darauf ſchwere Vergiftungserſcheinungen ein, ein Kind iſt bereits geſtorben. Wie die Kinder angeben, haben die Haferflocken einen ſüßlichen Geſchmack gehabt, man nimmt an, daß ſie zur Vertilgung von Ungeziefer dienen ſollten und zu dem Zweck mit Arſenik präpariert geweſen ſind.

* **Witten**, 10. Febr. Der aus den vorjährigen Putſchtagen bekannte Lehrer Siemmer aus Pommern hat nach einer Blättermeldung den Schuldienſt quittiert und iſt Heilkundiger nach der Augendiagnoſe geworden.

* **Dortmund**, 10. Febr. Die Stadt hat die Villa Wiskott, zu der etwa zehn Morgen Grundbeſitz gehören, für 740 000 Mark erworben, um ſie zu einem Heim für tuberkulöſe und rachitiſche Kinder auszugeſtalten.

* **Bochum**, 10. Febr. In Höntrop iſt ein Streit um die Pflichtfortbildungsſchule entbrannt, der nicht nur zu einem Schulſtreik geführt hat, ſondern auch noch die Gerichte beſchäftigen wird. Im Frühjahr 1920 hatte das Amt Wattenſcheid, entgegen dem Beſchluß der Höntroper Gemeindevertretung und ohne die Gewerbetreibenden und Handwerker in Höntrop befragt zu haben, die Errichtung einer Pflichtfortbildungsſchule beſchloſſen. Die Gemeindevertretung hat ſich im November und Dezember vorigen Jahres noch dreimal gegen die Pflichtfortbildungsſchule ausgeſprochen, aber die Errichtung einer freiwilligen Fortbildungsſchule beſchloſſen. Das Amt Wattenſcheid verſucht nun, durch zahlreiche Strafmandate den Beſuch der Pflichtfortbildungsſchule zu erzwingen. Dagegen haben die Gewerbetreibenden und Handwerker in Höntrop in einer Proteſtverſammlung Stellung genommen und gerichtliche Entſcheidung beantragt. Sie weigern ſich vorläufig, ihre Lehrlinge zur Pflichtfortbildungsſchule zu ſchicken.

* **Werl**, 10. Febr. Dem Bahnbeamten Redder, dem, wie dieſer Tage berichtet wurde, der Klapperſtorch Vierlinge gebracht hatte, iſt durch Stadtverordnetenbeſchluß eine außerordentliche Zuwendung von 2000 Mark aus ſtädtiſchen Mitteln bewilligt worden. Außerdem wurde beſchloſſen, daß drei der Vierlinge ſechs Monate hindurch im Säuglingsheim in Münſter verpflegt werden ſollen.

* **Elberfeld**, 10. Febr. In der hieſigen Konfektionsbranche ſind die Schneider und Schneiderinnen in den allgemeinen Streik eingetreten.

* **Gräfrath**, 10. Febr. Die Kirchenwahl in der evangeliſchen Gemeinde Ketzberg, in der der Pfarrer Dr. Hartmann amtiert, geſtaltete ſich zu einem lebhaften Kampf, aus dem die Gegner des Pfarrers mit einer Mehrheit hervorgingen. Sie erhielten 21 Repräſentantenſitze, während die Anhänger Hartmanns mit 19 Sitzen in der Minderheit blieben. Pfarrer Hartmann, der bisher der U. S. P. angehörte, hat erklärt, daß er ſich der Kommuniſtiſchen Partei noch nicht angeſchloſſen habe, auch noch nicht wiſſe, wie er ſich politiſch orientieren werde.

Wirtſchaftlicher Teil.

Die eigentlichen Folgen der deutſchen Kohlenablieferungen.

Wer ſeit Beginn der deutſchen Kohlenablieferungen an die Entente die gewerblichen Statiſtiken eingehender verfolgt hat, wird überall die Beobachtung haben machen können, daß die Zahl der Arbeiter geſtiegen, die Ziffer der Schichten gefallen und dementſprechend die Produktion geſunken iſt. Daß die Zahl der Arbeiter ſich vermehrt und entſprechend die der Erwerbsloſen ſich vermindert, zum mindeſten aber nicht erheblich zugenommen hat, mag ſozialpolitiſch erfreulich ſein; wirtſchaftlich betrachtet, läßt dieſe Tatſache jedoch bedauerliche Rückſchlüſſe zu, da ſie eine höchſt unwirtſchaftliche Betriebsführung mit Produktionsverminderung und Produktionsverteuerung ausdrückt.

Daß die Folgen des Kohlenabkommens von Spaa nach außen hin nicht noch augenfälliger in Erſcheinung getreten iſt, hat folgende Gründe:

1. Bei Beginn ſeiner Wirkſamkeit hatten viele Werke noch kleinere Vorräte. Dieſe ſind jedoch im Laufe der Zeit aufgebraucht worden.
2. Der diesjährige ſehr milde Winter hat den Kohlenverbrauch herabgedrückt.
3. Seit einiger Zeit haben wir im Bergbau im großen und ganzen ruhige Arbeiterverhältniſſe gehabt. Auch die Ueberſchichten ſind — von Ausnahmen abgeſehen — ziemlich regelmäßig verfahren worden. Es beſteht jedoch keine Garantie dafür, daß dieſer Zuſtand von Dauer iſt. Sobald Beunruhigungen größeren Umfanges, die von den linksradikalen Elementen immer wieder verſucht werden, ſich bemerkbar machen ſollten, wird ein Rückgang unvermeidlich.
4. Das Wirtſchaftsleben fällt nicht plötzlich um wie ein geſprengter Schornſtein, ſondern es ſackt nur ganz allmählich in ſich zuſammen. Bereits jetzt ſtehen wir unter einem großen Druck, daß jede noch ſo unſcheinbare Verſtärkung in geſteigertem Grade wirken muß. Zieht man ein Prozent von einer bis auf zehn Prozent zuſammengeſchrumpften Wirtſchaft ab, ſo wirkt dieſes eine Prozent viel ſchlimmer, als wenn es von einer zu hundert Prozent noch leiſtungsfähigen Wirtſchaft in Abzug gebracht würde.

Neben der Mengenfrage ſpielt die Sortenfrage eine ſchwerwiegende Rolle. Vielfach wird ihr ſogar eine ausſchlaggebende Bedeutung beigemeſſen. Deshalb iſt es für uns beſonders bedenklich, wenn im neuen Pariſer Diktat die Franzoſen faſt ausſchließlich gute Kohle fordern. Daß gerade die Verwendung der uns verbleibenden minderwertigen Kohle zu den größten Schwierigkeiten führen muß, hat der letzthin veröffentlichte Bericht des Kaliſyndikates wieder gezeigt. Die hier erhobenen Klagen gelten jedoch für alle Induſtrien, im hohen Maße z. B. auch für die Eiſeninduſtrie.

Zum Schluſſe ſei noch darauf hingewieſen, daß die auf Grund des Kohlenabkommens von Spaa nach Frankreich gehenden Kohlenmengen den Zechen vom Reiche vergütet werden müſſen. Je größer dieſe Mengen ſind, deſto größer iſt natürlich auch der vom Reich zu erſetzende Betrag. Da das Reich mangels anderer Mittel zur Inanſpruchnahme der Notenpreſſe genötigt iſt, ſtehen deshalb Spaa-Abkommen und vermehrter Notenumlauf in urſächlichem Zuſammenhang; ſeine ſo notwendige Verminderung läßt ſich ſolange nicht durchführen, wie das Spaa-Abkommen in Kraft iſt. Dabei liegt liegt noch eine beſondere große Ungerechtigkeit darin, daß uns die Kohlen größtenteils nicht zum Weltmarktpreis gutgeſchrieben werden, ſondern nur zu dem viel niedrigeren Inlandspreis und daß künftig die Prämie von 5 Goldmark je Tonne in Wegfall kommt. Frankreich macht alſo mit der billigen deutſchen Kohle gute Geſchäfte.

Die hier dargelegten Folgen des Spaa-Abkommens werden durch das neue Pariſer Diktat noch ins Maßloſe vermehrt. Der „Vorwärts“ meint in ſeiner Sonntagsausgabe zwar „vernünftige Grenzen ſeien noch nicht überſchritten worden“; daß dieſe Anſicht genau ſo leichtfertig iſt wie das Verlangen nach Unterzeichnung des Verſailler Friedens es war, wird mit der deutſchen Volksgemeinſchaft auch die Arbeiterſchaft leider bald ſpüren.

Annullierung von ausländiſchen Aufträgen.

Aus Furcht, daß die Ententeforderung eines 12proz. deutſchen Ausfuhrzolles von Deutſchland angenommen werden könnte, annullieren ausländiſche Kaufleute ſchon jetzt ihre in Deutſchland gemachten Beſtellungen. Sie geben damit ihren Willen kund, daß ſie nicht die durch einen ſolchen Zoll entſtehende Verteuerung der deutſchen Waren tragen können.

Das Exiſtenzminimum der Arbeiterſchaft.

Von Dr. Kurzynski, dem bekannten ſozialiſtiſchen Statiſtiker, iſt das Exiſtenzminimum für einen Mann und eine Woche im Februar 1920 auf 133 Mark und im November desſelben Jahres auf 153 Mark berechnet worden; für ein Ehepaar ohne Kinder ſtellen ſich nach ihm die entſprechenden Zahlen auf 196 Mark bezw. 228 Mark. In den meiſten Fällen ſind die Löhne höher als dieſes Exiſtenzminimum. So betrug z. B. nach einer in Hamburg aufgemachten Statiſtik der tarifliche Lohn Ende November durchſchnittlich rund 300 Mark je Woche; in anderen Gegenden liegen die Verhältniſſe ähnlich. Dieſe Ziffer iſt jedoch als Mindeſtgrenze nach unten anzuſehen, da durch Akkordzuſchläge, Lebensmittelzulagen uſw. in der Regel noch Erhöhungen eintreten. Da erfahrungsgemäß ungefähr die Hälfte der Arbeitnehmer ledig und kinderlos verheiratet iſt, ergibt ſich alſo, daß dieſer Prozentſatz der Arbeitnehmerſchaft ungefähr die Hälfte bis zum Doppelten von dem Betrag mehr bezieht, den Dr. Kuczynsko als Exiſtenzminimum errechnet hat. Zu berückſichtigen iſt dabei, daß Dr. Kuczynski, der den Unabhängigen ſehr nahe ſteht, das Exiſtenzminimum, über das viele Angehörige der ſogenannten beſſeren Stände in dieſer Höhe nicht verfügen, wahrſcheinlich eher zu hoch als zu niedrig angeſetzt hat.

Die hier gegebene Darſtellung iſt für die Arbeitnehmer noch inſofern günſtig, als der Lohn auf die Wochenſumme bezogen worden iſt. Eigentlich müßte er nämlich auf den Stundenbetrag zurückgeführt werden, da das Wocheneinkommen infolge der jetzigen verringerten Arbeitszeit keinen objektiven Vergleichsmaßſtab zu der längeren Friedensarbeitszeit gibt. Aus dem Kölner Bezirk wird z. B. berichtet, daß dort die Löhne auf die Stunde bezogen zurzeit das Vierzehnfache im Durchſchnitt gegenüber der letzten Friedenslöhnung 1914 ausmache, während das Exiſtenzminimum ſich nur verelffacht habe. Das Wocheneinkommen betrage aber nur das Elffache, weil nur noch an 8 Stunden täglich gearbeitet würde. In dem durch die Verkürzung hervorgerufenen Produktionsausfall — die Befürworter des Achtſtundentages behaupteten früher von ihm eine gleichbleibende Leiſtung — liegt eine der Haupturſachen für die Steigerung des Exiſtenzminimums, da einem ſchwachen Angebot nur eine unweſentlich verringerte Nachfrage gegenüberſteht.

Der unſtreitbaren Tatſache von der zu hohen Entlöhnung eines Teiles der Arbeitnehmerſchaft, die jeden Tag in den Induſtrieſtädten durch Augenſchein beſtätigt wird, ſteht die andere Tatſache gegenüber, daß zahlreiche Arbeiter mit größerer Familie ſelbſt bei verhältnismäßig hohen Löhnen nur ſehr ſchwer durchkommen können. Es liegt deshalb nahe, innerhalb der Arbeiterſchaft die Löhne nach ſozialen Geſichtspunkten, beſonders nach dem Familienſtand, auszugleichen. Leider können die Gewerkſchaften ſich zur Verfechtung dieſer ſozial ſicherlich berechtigten Forderung nicht verſtehen, wahrſcheinlich aus dem Grunde, weil die ſehr gut verdienenden Ledigen den aktivſten und radikalſten Teil der Gewerkſchaften darſtellen, die Gewerkſchaftsvertreter deshalb auf ſie beſondere Rückſicht nehmen zu müſſen glauben.

Kohlenbericht

des Kreiselektrizitätswerks Schwelm.
Kraftſtation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbraucht t	Beſtand t
9. 2.	87	113	557
10. 2.	206	116	647

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Toswinckel
für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenräder
beide in Gevelsberg.

Friedrich Wilhelm

Die glückliche Geburt
eines prächtigen
Söhnchens
zeigen in dankbarer Freude an
Fritz Hahn u. Frau
Margarete geb. Michels.

Gevelsberg, 11. Februar 1921.

Ihre Vermählung geben bekannt:
Max Schönebeck
Lise Schönebeck
geb. Möller

Hannover, den 12. Februar 1921.
Schloss-Strasse 6

Todes-Anzeige.

Gestern morgen 4½ Uhr entschlief sanft und gottergeben nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, unser guter Schwiegervater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Onkel und Vetter

Karl Hembeck

im Alter von 47 Jahren, 8 Monaten.

Um stille Teilnahme bitten
Frau Karl Hembeck
Adele geb. Rilinghaus
Ewald Hembeck
Paula Hembeck
Hedwig Niggeloh.

Gevelsberg, den 11. Februar 1921.

Die Beerdigung findet Sonntag, 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause Körnerstr. 6 aus, statt. Trauerfeier ½ Stunde vorher.
Beileidsbesuche dankend verbeten.

Am Samstag, 12. Febr., abends von 8 Uhr ab bleibt
meine Wirtſchaft
feſtlichkeitshalber
geſchloſſen.
Otto Bremer,
Reſtaurant z. Schnellmark.

Junger, ſolider Kaufmann ſucht 1 oder 2
möblierte Zimmer
möglichſt mit voller Penſion in der Nähe Ringeln, Hagener oder Kölner Straße.
Angebote unter B. 44 an die Geſchäftsſt. dſ. Ztg.

Gut möbliert. Zimmer
mit voller Penſion zu mieten geſucht. Angebote unter G. S. 1177 an die Geſchſt. dieſer Zeitung.

Junger Kaufmann ſucht
möbliertes Zimmer
mögl. mit voller Penſion.
Angebote unter B. 40 an die Geſchäftsſt. dſ. Ztg.

Ordentl. Mädchen ſucht
Koſt und Logis.
Zu erfragen i. d. Geſchſt.

Foxterrier,
Rüde, wach- und folgſam, geflügelzahm, zu verkaufen.
Schwelm, Jägerſtr. 20.
Nachm. von 3—6 Uhr.

Konfirmanden-Anzüge!

Allergrößte Auswahl!
Solide Stoffe!
Elegante Ausführung!
Aeußerſt billige Preiſe!
Für jede Figur richtig
paſſende Größen!

Konfirmanden-Anzüge
solide Artikel zu billigen Preisen
425^{00} 375^{00} 325^{00} 265^{00}

Konfirmanden-Anzüge
ganz vorzügliche, sehr empfehlenswerte Ware, Ersatz für Mass
850^{00} 765^{00} 625^{00} 500^{00}

ſichern Ihnen eine zufriedenſtellende Bedienung.
Täglich Eingang von Frühjahrs-Neuheiten!

Gebr. Roſenthal, Gevelsberg.

Extra billig!

Rohnessel

70/80 cm breit, gute Qualität, Mtr. 8^{90}
78/80 cm breit, schwere Ware, Mtr. 9^{75}
160/165 cm breit, Ia. Qualität, Mtr. 24^{75}

Etagengeschäft
W. Münster
Neustr. 4½
Telefon 765.

Aussergew. Angebot!

Bettuch-Nessel ca. 160 cm breit, prima Qualität, Mtr. 22^{75}
Nessel ca. 80 cm breit, Mtr. 9.90 8^{00}
Ia. gebl. Biber 80 cm breit, Mtr. 13^{90}
Fancy schwere Ware, Meter 9^{85}
Haustuch extra schwer, Meter 14^{75}
Reine Wolle 10 Lot 13.75
Ia. englische Wolle 10 Lot 15.75

Adam
Kemmler
Hagener Str. 17.

Günſt. Gelegenheit!

Wegen Räumung meines Lagers, handgearbeitete modern angefertigte

Küchen- und Schlafzimmer-Einrichtungen

billigſt. Rich. Rauſcher, Schreinermeiſter, Hagener Str. 241.

Verkauf!

1 Ladentheke 2,50 lang, 1 Regal für Kolonialw. 2 m l. 2,30 h., 1 Stoffregal 3 m l. 2,80 h., 2 Warenglasſchränke, 1 Haustür mit Rahmen und Oberlicht, faſt neu, zu verkaufen.

Kahlinghauſen, Mockenhauſe 175a

Guter kräftiger **Arbeitsanzug** (neu) billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Geſchäftsſt. dſ. Ztg.

Spende für Oberschlesien.

Die unterzeichneten Geschäfte werden von ihrer Tageseinnahme (Samstag, 12. 2. 21)

5%

für die Oberschlesien-Spende

dem Barmer Bankverein zuführen.

Joh. Urspruch Nachf.
Herrenhüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren

Max Birker Nachf. Inhaber: C. Siepmann
Haus- und Küchengeräte etc.

Joh. Friebertshäuser Inhaber: A. Helmich
Manufaktur und Konfektion

Max Birker
Zigarren und Tabake etc.

Rich. Altenhenne
Kolonial- und Delikateßwaren

Gebr. Cordes Inh.: Maria Bergenthal Wwe.
Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Alfred Haarhaus
Uhrmacher.

Für die Konfirmation!

Vorteilhaftes Angebot

Anzüge	gute Stoffe, tadelloser Sitz	Mk.	285.—
Anzüge	prima Stoffe und Zutaten	Mk.	468.—
Anzüge	reine Wolle, eigene Anfertigung	Mk.	560.—

Große Auswahl in
Kragen, Vorhemden, Hoſenträger, Krawatten etc.

Besonders vorteilhaft

Cheviot, blau	Mk.	36.—
Cheviot, reine Wolle, 110 cm breit	Mk.	48.—
Popeline, reine Wolle, 106 cm breit, bes. schw. Ware	Mk.	72.—

Vorteilhafte Auswahl in
Strümpfen, Corsetts, Taſchentüchern etc.

Joh. Friebertshäuser

Inh.: **Ad. Hellmich.**

Viktoria-Erbsen (gut koch. Ia.)	Pfd.	2.50
Erbsen (grüne)		2.40
Voll-Reis Ia. Qualität		3.60
Malzgerste		3.00
Kaffee (hellgebrannt)		24.—
Kaffee Ia. feinschmeckend		26.—
Sahne-Vollmilch	Dose	7.90
Zucker-Kunsthonig	Pfd.	4.95
Marmelade in Friedensqualität		
Reines Apfelkraut		
Margarine stetsfrisch u. extraschön		10.70
Schmalz (billigst eintreffend)		

Butter- u. Backöl zu billigsten Preisen.

RheinischesKaufhaus

Mittelstr. 74. Inh.: Joh. Klein. Telefon 491.

Gebr. Kücheneinrichtung Bett uſw., zu verkaufen. Schmidt, Nordſtraße 12

Ein ſchöner **Zimmerofen** zu verkaufen. Delikateſſengeſchäft, Hagener Straße 15.

Guterhalt. Cutaway (Maß), ſowie ein Fahrrad zu verkaufen. Näheres in der Geſchäftsſt. dſ. Ztg.

Doppelläufiges **Jagdgewehr,** Kal. 16 cm, Cent. f. 150 Mk., **1 Flobertbüchſe,** 9 mm, für 150 Mk. zu verk. Asbeck, Wittener Str. 23½.

Guterhaltenes **Lederſofa** preiswert zu verkaufen. Zu erfrag. in d. Geſchſt.

5–6 Zentner gutes **Wieſenheu** zu verkaufen. Wilh. Frackenhaus, Linderhauſen b. Schwelm.

Junger tüchtiger **Fuhrknecht** ſofort geſucht. Fritz Dröſing, Wittener Straße 3.

Zuverläſſiges **Küchenmädchen** für ruhigen, herrſchaftlichen Haushalt in Cöln, bei gutem Lohn geſucht. Zweitmädchen vorhanden. Frau Arthur Caeſar, Cöln-Marienburg, Marienburgerſtraße 72.

Ich ſuche per ſofort ein tüchtiges **Küchenmädchen.** Frau Selma Abt, Mittelſtraße 35.

Dienſtmädchen und Kindermädchen ſofort geſucht. Hochſtraße 14, Wirtſchaft.

Lebensmittelgeſchäft ſucht eine tüchtige, branchekundige **Verkäuferin,** [illegible] Angeb. mit Zeugnisabſchr. unter M. 341 an d. Geſchäftsſtelle dſ. Ztg. erbeten.

Mädchen für ganze oder halbe Tage, welches zu Hauſe ſchlafen kann, geſucht. Frau Guſtav Daß, Blumenhandlung.

Mädchen geſucht. Hagener Str. [illegible]

Mädchen oder Frau zu Führung des Haushalts geſucht. [illegible] 11.

Junges, gebild. Mädchen wünſcht Stellung in einem Büro. Erfahren in Schreiben und Stenographie. Angebote unter Sa. 939 an die Geſchäftsſt.

Junger, ſtrebſamer **Kaufmann** aus der Schraubenbranche, mit ſämtlichen Büroarbeiten aufs beſte vertraut und an ſelbſtändiges Arbeiten gewöhnt, in ungekündigter Stellung, firm in einfacher Buchführung, Lohn- und Kommiſſions-Buchhaltung, Korreſpondenz und Maſchinenſchreiben, gute Kenntniſſe in der franzöſiſchen Sprache, ſucht, um ſich zu verändern, zum 1. April od. ſpäter Stellung in einem Fabrik- od. Kommiſſionsgeſchäft in Gevelsberg oder nächſter Umgebung. Angebote unter H. C. an die Geſchäftsſt. dſ. Ztg.

Gebrauchte **Kücheneinrichtung** mit komb. Herd (für Kohle und Gas) preiswert zu verkaufen. Näheres Kahlinghauſer Str. 8.

Haspe, Tillmann-Straße Nr. 19. **An- u. Verkauf** gebrauchter **Herrengarderoben.**

Zu verkaufen: 1 Küchentiſch, 1 Kleiderſchrank, 1 Kommode, Tiſche, Stühle, kl. eiſerner Ofen, neuer Anzug u. Ueberzieher 500 Mk., Infanterie-Mantel 100 Mk. Windeſtr. 11.

Zwei ſehr gut erhaltene **Anzüge u. 1 Militärrock** (mittl. Figur) für zuſammen Mk. 500.— zu verkaufen. Zu melden Mittagsſtunde, Schulſtr. 6a, I. Etg.

Beilage zur Gevelsberger Zeitung

Nr 35 Freitag, den 11 Februar 1921 41. Jahrgang

Weltſchiffsraum und Valuta.

Die Frage, ob der zurzeit verfügbare Schiffsraum dem Bedarf entſpricht, iſt durch einen einfachen Vergleich mit der Vorkriegszeit nicht zu beantworten. Im Jahre 1914 waren 45,4 Millionen Brutto-Regiſter-Tonnen Dampfer und Motorſchiffe vorhanden, im Jahre 1920 dagegen 47,6 Millionen, wobei nur die für den Ueberſeeverkehr geeigneten Schiffe berückſichtigt ſind. Rein zahlenmäßig betrachtet war alſo ein Zuwachs von über 2 Millionen Tonnen entſtanden. Man müßte alſo annehmen, daß allen Anforderungen des Verkehrslebens entſprochen werden könnte, vorgeſetzt erſtens, daß der heutige Weltſchiffsraum die gleiche Leiſtungsfähigkeit beſitzt wie derjenige der Vorkriegszeit, und zweitens, daß der Bedarf an Frachtraum ſich in den gleichen Grenzen gehalten hat.

Was die Leiſtungsfähigkeit anbetrifft, ſo iſt zu berückſichtigen, daß während des Krieges viele große Dampfer für den Perſonenverkehr verlorengegangen ſind, wofür als Erſatz ausſchließlich Frachtdampfer, und zwar ſolche mit höherer Fahrgeſchwindigkeit, alſo größerer Leiſtungsfähigkeit, erbaut worden ſind. Durch die Einführung der Oelheizung und den Bau von Motorſchiffen iſt infolge geringeren Anſpruchs an Bunker- und Maſchinenräumen der Frachtraum ebenfalls gewachſen. Auf der anderen Seite iſt zu beachten, daß ein größerer Teil des Schiffsraumes für die Unterbringung der verſtärkten Beſatzungen in Anſpruch genommen wird und vor allem, daß durch die verringerte Arbeitsleiſtung und durch die zahlreichen Ausſtände die Wirkſamkeit des verfügbaren Schiffsraumes weſentlich herabgeſetzt wird.

Der Bedarf an Frachtraum iſt mit dem der Vorkriegszeit auch nicht ohne weiteres zu vergleichen, weil durch den Krieg und ſeine Folgen der Verkehr vielfach in ganz andere Bahnen gelenkt worden iſt. Man denke z. B. nur daran, daß jetzt Kohlen von Amerika, Südafrika und ſogar von China nach Europa gebracht werden. Die Verhältniſſe auf dieſem Gebiet ſind durchaus nicht einfach, aber der Umſtand, daß ſich überall da, wo Frachten an den Markt kommen, ſofort ein Ueberangebot von Schiffsraum einſtellt, zeigt im Verein mit den ſinkenden Frachtſätzen und der ſteigenden Zahl aufgelegter Schiffe, daß der Weltſchiffsraum zurzeit mehr als ausreichend iſt.

Das allgemein erwartete Anſchwellen des Welt-Güterverkehrs nach Friedensſchluß über das Maß der Vorkriegszeit hinaus iſt eben ausgeblieben. Die Gründe hierfür liegen hauptſächlich in der Zerrüttung des internationalen Geldmarktes. Die Länder mit niedrig ſtehender und ſchwankender Valuta können keine Rohſtoffe kaufen und infolgedeſſen keine Waren ausführen, während ſie ihren Bedarf an Lebensmitteln tunlichſt einſchränken, ſo daß die Länder mit hochwertiger Valuta, beſonders die Vereinigten Staaten, mit ihren Vorräten, z. B. an Baumwolle und Getreide, ſitzen bleiben. Eine Aenderung kann hierin nur eintreten durch eine Beſſerung der Kreditverhältniſſe Mitteleuropas, vor allem Deutſchlands, und eine ſolche iſt nur denkbar durch eine Reviſion des Friedens von Verſailles. Wann werden unſere früheren Feinde in ihrem eigenen Intereſſe das einſehen?

Bauernlümmel und Scharteken.

Anläßlich der Debatte über das aufgehobene Cölibat der Lehrerin hat die ſozialdemokratiſche Landtagsabgeordnete Frau Egge die Behauptung aufgeſtellt, daß die Lehrerin die Statiſtik der Proſtitution belaſte. Die weiblichen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien ſind dem ſofort entgegengetreten. Das allein genügt nicht. Weite Frauenkreiſe im Lande erwarten, daß die Organiſationen der Lehrerinnen das ſtatiſtiſche Material von der betreffenden Sozialdemokratin einfordern, um es zu prüfen und die Behauptung richtig zu ſtellen.

In der Landtagswahlſchlacht könnten radikale Gegner und Gegnerinnen, wenn wir unſer Programm zur Reform der Sittlichkeit entwickeln, auf dieſe unwiderſprochene Behauptung fußend, die preußiſche bezw. deutſche Lehrerin herabzuſetzen ſuchen. Das darf nicht ſein.

Ein Beiſpiel der Unverſchämtheit, mit der radikalgeſinnte Elemente die deutſche Lehrerin gloſſieren nachſtehend:

Die „Allgemeine Deutſche Lehrerzeitung“ hat der Preſſe einen Artikel überſandt, den ich leider nur in einer einzigen bürgerlichen Zeitung fand. In einer von Tauſenden beſuchten Verſammlung der Unabhängigen im Zirkus Buſch, die anſcheinend ein Auftakt zum Landtagswahlkampf ſein ſollte ſagte ein unabhängiger Redner:

„Bedenken Sie, — es muß einmal geſagt werden! — 95 Prozent der Berliner Lehrer beſteht aus Bauernjungen. Daß denen daran liegt, unſere Proletarierkinder zu verdummen mit dem Religionsplunder, das läßt ſich denken. Kein Erzieherſtand ſind dieſe Bauernlümmel! Und denn die Lehrerinnen! Dieſe Lehrerinnen, dieſe Scharteken, dieſe verſpäteten Jungfrauen! Daß dieſe an der Verdummungsmethode ſo krampfhaft feſthalten ſich mit Haut und Haaren gegen den neuen Oberſtadtſchulrat (gemeint iſt Löwenſtein. Die Schriftl.) wehren, kann bei den verſpäteten Jungfrauen nicht wundernehmen. Je älter ſie werden, deſto hyſteriſcher werden ſie. Und [illegible] dieſe verſpäteten Jungfrauen ſind ja bloß neidiſch auf unſere Kinder. Sie ſelber kriegen kein Kind . . . . (Hier folgen Ausführungen, deren Wiedergabe ſich aus Reinlichkeitsgefühl verbietet!) Alſo fort mit den Lehrerinnen, die uns nur ſchaden können!“ . . . .

Die Männer mögen ſich der Verteidigung der ſog. „Bauernlümmel“ annehmen. Bisher hieß es ſtets, daß das Land der Born unſerer Volkskraft ſei, daß alſo Männer, die dort aufwuchſen, fern von den oft ſo verderbten Großſtädten, nahe der Allmutter Natur, bei dem erforderlichen Fachwiſſen natürlich vielleicht größere innere Werte in ihre Erziehungsarbeit zu legen imſtande ſind, als mancher in der Stadt aufgewachſene junge Lehrer. Wir Frauen aber wollen dieſen Männern, wenn ſie auf dem radikalen Berliner Pflaſter trotz Konrad Haeniſch und Konſorten, heute noch an den alten bewährten Idealen unſerer Jugenderziehung feſthalten, das ehrlich danken.

In jeder Partei gibt es Heißſporne die oft übers Ziel in ihren Reden hinausſchießen. Hemmungsloſe Temperamente. Man dürfte die frivole Gloſſierung unſerer Lehrerinnen als „Scharteken“ und „verſpätete Jungfrauen“ der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ nicht zur Laſt legen, wenn nicht der Bericht ausdrücklich erwähnt, daß ſeitens der Verſammlungsleitung kein Widerſpruch erfolgte, daß vielmehr Tauſende dem unflätigen Redner zujubelten.

Und da haben wir heute noch Lehrerinnen, Genoſſinnen dieſes Genoſſen, der ihren Stand öffentlich verunglimpft, die mit ihren verſchwommenen „Freiheitsidealen“ ſich und ihren Umkreis zu Grunde richten.

Die Sozialdemokraten jonglieren ſo gern mit dem Schlagwort „Reaktion“ herum. Gibt es denn aber auf dieſem Gebiete eine größere Reaktion, als Frauen, die in ehrlicher Pflichterfüllung alt werden, ohne heute ſozuſagen zu „vergnettern“, deshalb als „Scharteken“ und „verſpätete Jungfrauen“ zu gloſſieren? Dieſer Ueberradikale ſcheint ſeine Zeit verſchlafen zu haben und keine Ahnung davon zu beſitzen, daß der Typ der „alten Jungfern“, den er im Auge hatte, längſt in Deutſchland, namentlich aber unter den Lehrerinnen im Ausſterben begriffen iſt. Prachtvolle, mütterlich-warme Frauen ſind dieſe ſogenannten „Scharteken“ oft inmitten „ihrer Kinder“, wenn man ſie unvoreingenommen beobachtet. Hat der Genoſſe eine Ahnung, was es für eine Frau heißt, dem höchſten Glück, der Mutterliebe, zu entſagen? Er kann ihn nicht haben, ſonſt könnte er nicht ſo herzlos grauſam ſpotten über unſere älteren Lehrerinnen, an denen das reine Glück der Ehe und der Mutterſchaft vorüberging.

„Je älter ſie werden, umſo hyſteriſcher werden ſie!“ Jede Willensäußerung der Frau, die derartigen Philiſtern nicht in ihren Kram paßt, wird ſofort als „Hyſterie“ verbucht. Merkwürdig aber iſt es, das wiſſen die Nervenärzte, daß ihre Sanatorien viel mehr von verheirateten Frauen belegt ſind, als von unverheirateten, die ihr Leben lang arbeiteten. Aber Schlagwörter, die den Denkſinn der Hörer ſo ſchön umnebeln, wüſte Schimpfereien, die die Leidenſchaften aufpeitſchen, das ſind die Waffen einer Partei, die uns erſt mit dem „wahren Sozialismus“, ſeiner höchſten Blüte, dem Bolſchewismus nach ruſſiſchem Muſter bekannt machen will. Der bisherige, dann alſo „unwahre Sozialismus“ genügt ſchon, um uns das Leben im revolutionären Deutſchland gründlich zu verleiden. Hoffentlich gelingt es uns, und unſeren Lehrerinnen mit uns, das Pendel der Weltgeſchichte, das anläßlich der Wahl zum jetzigen Preußiſchen Landtag ſo weit nach links ausſchlug, in eine vernunftgemäße Lage nach rechts zu bringen, damit unſere tapferen „Bauernlümmel und Scharteken“ endlich ihre Direktiven von einem preußiſchen Kultusminiſter empfangen, der ſich den wahren geiſtigen und den Wiederaufbau all dieſer zerrütteten Zuſtände in Preußen ernſt zur Aufgabe macht.

Käte Rehmlow Dortmund.

Die Auflöſung des alten Heeres

wird mit der am 1. April erfolgenden Auflöſung der Heeresabwicklungsämter endgültig vollzogen ſein. Der Krieg brachte in Deutſchland 12 Millionen Menſchen unter die Waffen. Vom 1. Dezember 1919 bis 1. April 1921 mußten alle mit dem Abbau dieſes Rieſenheeres in Verbindung ſtehenden Angelegenheiten abgewickelt ſein. Die ſchwerſten Arbeiten machten die Fragen der Verſorgung und Abfindung der Kriegsteilnehmer, der Kriegsbeſchädigten, ihrer Familien und der Hinterbliebenen, die Befriedigung der Anſprüche früherer Heeresangehöriger, der Kriegsgefangenen, die Abfindung der Offiziere, die Durchführung des Penſionsverfahrens für Beamte und dergleichen. Es ſind inzwiſchen 7 Millionen Militärpäſſe und 2 Millionen Verſorgungsanträge eingeleitet und zum großen Teil auch bearbeitet worden. Neben den Friedensformationen waren nicht weniger als 40 000 Kriegsformationen aufgeſtellt. Allein das Verzeichnis dieſer Formationen umfaßte 10 000 Druckſeiten. Die Abwicklungsämter haben 16 000 Prozeſſe führen und 9000 Anträge löſen müſſen. Der Krieg koſtete Deutſchland rund 126 Milliarden (vorwiegend Goldmilliarden) Mark.

Vermiſchtes.

• **Das ausſterbende Wiener Kaffeehaus.** Das gute, alte, ehrwürdige Wiener Kaffeehaus, dieſes köſtliche Kleinod des Wienertums, ſteht auf dem Ausſterbeetat. Die „N. Fr. Pr.“ beklagt in wehmütigen Betrachtungen, daß ein Stück geſtriges Wien nach dem anderen ſich beſchämt vor der betriebſameren neuen Welt zurückzieht. Am ſinnfälligſten iſt das an den Wiener Kaffeehäuſern zu beobachten. Man könnte paradox ſagen: Man hat jetzt mehr Kaffeehäuſer als je und dennoch immer weniger. Denn die neuen, beliebten Lokale ſind alles mögliche: Konzertkaffeehäuſer, luxuriöſe Nachtmahlſtationen, Tingeltangel, aber keine Kaffeehäuſer im gutbürgerlichen Alt-Wiener-Sinn. Aber auch viele ältere Lokale haben ſich kurz entſchloſſen, dem neuen Tempo und dem neuen Publikum angepaßt und ſind geräuſchvolle internationale Betriebe geworden. Die noch vorhandenen bodenſtändigen Kaffeehäuſer, die haben jetzt faſt alle die eine Beſchäftigung: zuzuſperren und einzugehen. Faſt jede Woche bringt einen Partezettel, in dem ein alter Kaffeeſieder ſeinen geſchätzten Stammgäſten die tieftraurige Mitteilung macht, daß es einer Bankgruppe, Bargeſellſchaft oder ſonſt einem Konſortium in ſeinem unerforſchlichen, aber jedenfalls rentablen Ratſchluſſe gefallen hat, das Lokal an ſich zu nehmen und ſamt Lizenz aufzukaufen. In jedem dieſer Fälle werden einige hundert Menſchen obdachlos. Für die Stunde des Schwarzen nach Tiſch, für die Nachmittagsſtunden der ruhigen Zeitungslektüre, der Tarock- und Billardpartie und für den Abend mit ſeinem angenehm einförmigen Ausklang im Stammkaffeehaus. Für dieſe ausgeſcheuchten Kaffeehausgäſte gibts keine Zuflucht. Sie paſſen mit ihren beſchaulichen, zur Hälfte aus Schweigen beſtehenden Geſprächen, mit ihrer Zeitungsandacht, ihrem Zehn-Heller-Tarock und ihrem beſcheidenen Konſum weder ins Konzertkaffee, noch in die Bar und bei ihrer ſträflichen Unkenntnis der Valuten- und Lederpreiſe wären ſie auch im Schieberkaffeehaus fehl am Ort. Sie ſind viel zu altmodiſch, ſparſam und auch zu minderbemittelt um ſich dem neuen Wiener Kaffeehaus mit ſeinen Trinkgeld- und Garderobezuſchlägen, ſeinen Zigarettenſchleichpreiſen und ſeinen verbotenen Genüſſen, für die der Gaſt die Geldſtrafe noch vor dem Einſchreiten des Kriegswucheramtes auf ſich nehmen muß, anpaſſen können. Es bleibt ihnen faktiſch nichts übrig, als auszuſterben, ſamt der hoheitsvoll anmutigen Sitzkaſſiererin, dem vertraulich devoten Zahlmarkö und dem ewig unausgeſchlafenen Pikkolo — lauter Geſtalten des Wiener Kaffeehausmärchens, das ſo ſchön, ſo primitiv, ſo beſcheiden und ſo anſtändig war.

Die Briefe der Prinzeſſin.

Von E. Ph. Oppenheim.

14) (Nachdruck verboten.)

„In jener Nacht,“ begann Hollfelden, „kam ich um zwölf Uhr nach Haus, öffnete mir die Wohnung mit meinem Schlüſſel — und fand in meinem Zimmer, an meinem Schreibtiſch, ein Mädchen, das meine Papiere durchſucht hatte.“

„Eine Freundin?“

„Eine völlig Fremde. Ich hatte ſie nie vorher geſehen. Ihre Ueberraſchung, mich zu ſehen, war nicht geringer als die meine. Und ich erfuhr, daß ſie geglaubt hatte, in Martens Wohnung zu ſein.“

„Und was taten Sie?“

„Was ich getan haben würde, weiß ich nicht. Ich wollte ſie nicht gehen laſſen. Aber während ich noch mit ihr ſprach, klingelte das Telephon, und ich empfing jene Botſchaft, die Sie ja kennen — von dem unbekannten Freund Martens'. Und während ich mit dem Manne ſprach, ſchlich ſie ſich hinaus. Als der Unbekannte abgeläutet hatte, fand ich ſie nicht mehr, weder in meiner Wohnung noch draußen auf der Treppe.“

„Iſt das alles?“ fragte Arnſtorf.

„Nein!“ ſtieß Heinz hervor und ſchauerte zuſammen. „Ich wünſchte, beim Himmel, daß es alles wäre.“

Arnſtorf ſtand unwillkürlich auch auf.

„Erzählen Sie mit im Zuſammenhang,“ ſagte er ruhig, „alles, was in jener Nacht geſchah. Alſo die Unbekannte verließ Ihre Wohnung, was dann weiter?“

„Ich ſchrieb den Zettel für Martens und ging damit an ſeine Wohnungstür. Ein paarmal läutete ich, aber es machte mir natürlich niemand auf, und es war drinnen totenſtill. Mir war die Geſchichte merkwürdig unheimlich. Es war mir einfach unmöglich, zu Bett zu gehen. Ich überlegte, was ich tun ſollte und beſchloß, auf Martens zu warten. Ich ließ alſo ſämtliche Türen offen, damit ich ihn hören konnte, wenn er nach Haus kam, und ſetzte mich in mein Arbeitszimmer hier. Dabei bin ich dann unglücklicherweiſe eingeſchlafen. Als ich aufwachte, war es drei Uhr. Lachen Sie mich nicht aus, aber in den Minuten nach dem Erwachen habe ich mich zum erſten Male in meinem Leben gefürchtet, noch dazu ohne jeden vernünftigen Grund. Ich wußte beſtimmt, daß mich irgend etwas geweckt haben müſſe, konnte mich aber nicht erinnern, was es geweſen war. Kurz, ich befand mich in einer Stimmung, wie ſie nicht troſtloſer hätte ſein können. Und dann denken Sie ſich, plötzlich höre ich einen leiſen Aufſchrei, gehe auf die Treppe hinaus — und finde — ſie. Sie kommt von oben herunter, offenbar aus Marten's Wohnung, halb ohnmächtig und unfähig, zu ſprechen. Ich führe ſie in mein Zimmer, gebe ihr ein Glas Wein und verſuche, ſie zum Reden zu bringen. Sie ſagt aber nichts weiter, als daß ich hinaufgehen ſollte, ſofort hinaufgehen. Sie ſelbſt könne ſehr gut allein hinuntergehen. Natürlich konnte ich ſie in dem Zuſtand nicht allein gehen laſſen. Ich begleitete ſie alſo hinunter, bis an die Haustür, weiter — läßt ſie mich nicht mitgehen. Und dringend fordert ſie mich noch einmal auf, ſofort zu Martens Wohnung hinaufzugehen. Und dann — dann fand ich ihn.“

„Das iſt alles?“

„Ja.“

„Sie wiſſen nicht, wie die Fremde heißt, was ſie bei Martens wollte? Und ſie haben ſie inzwiſchen auch nicht mehr geſehen?“

Heinz ſchüttelte den Kopf.

„Ich weiß nichts weiter, als was ich Ihnen erzählt habe. Begreifen Sie nun, daß ich nahe daran war, den Verſtand zu verlieren?“

Arnſtorf war heftig erregt.

„Wenn ich nur begreifen könnte, warum Sie die Exiſtenz dieſer Unbekannten nicht bei Ihrer Vernehmung erwähnten.“

Heinz lachte nervös.

„Ja, wenn ich das nur ſelbſt begreifen könnte!“ ſagte er verzweifelt. „Ich kann nur wiederholen, was ich ſchon geſagt habe: ſie war ein Mädchen, und ich bin ein Narr.“

„Auf gut deutſch alſo: Sie verſchwiegen das, was Sie mir da erzählt haben, um die Unbekannte zu ſchützen?“

„Ja.“

„Sie war vermutlich jung, und ſchön?“

„Ja. Sie war jung — und — ſchön.“

Der Oberſtleutnant ſah vor ſich nieder. Sie ſchwiegen beide lange. Hollfelden ſtand an den Schreibtiſch gelehnt und ſtarrte düſter durch das offene Fenſter auf die Straße hinunter. Er dachte daran, wie ſie an der gleichen Stelle geſtanden hatte, und er dachte, daß es doch beſſer geweſen wäre, hätte er den Telephonruf nicht beachtet und ſie nicht gehen laſſen — da hinauf.

Plötzlich hob Arnſtorf den Kopf und ſah Heinz an.

„Sie befanden ſich in einer ſchwierigen Lage,“ ſagte er ruhig, „aber Sie haben eine verzweifelte Wahl getroffen. Als ich hierherkam, erwartete ich, ernſte Dinge zu hören; aber das — — Glauben Sie, daß ſie — den Mord begangen haben könnte?“

„Nein!“ erwiderte Heinz raſch und beſtimmt. „Wenn ich das für möglich gehalten hätte, hätte ich nicht geſchwiegen.“

„Glauben Sie, daß ſie irgend etwas mit dem Täter zu tun hat? Daß ſie, vielleicht indirekt, daran beteiligt iſt?“

„Ich weiß nicht. Nein doch, ich glaube es nicht.“

„In jedem Fall ſcheinen Sie doch der einzige geweſen zu ſein, der die geheimnisvolle Unbekannte geſehen hat. Ob Sie klug gehandelt haben oder nicht, über den Beſuch des Mädchens zu ſchweigen, wir wollen es nicht erörtern. Schließlich hat jeder von uns mal eine Dummheit um eines ſchönen Mädchens willen gemacht, wir ſind ja, dem Himmel ſei Dank, keine Fiſchblüter. Ja, zum Kuckuck, wo iſt denn der Mann, der ſich da zu Ihrem Richter aufwerfen dürfte? Ich kann Sie gut genug verſtehen; was ich nur nicht verſtehe, iſt, wie Sie ſich deswegen ſo in törichte Einbildungen verrennen konnten. Ich finde, Sie haben ſehr wenig Ausſicht, gehenkt zu werden.“

(Fortſetzung folgt.)

August Haas Beigeordneter in Köln a. Rh. **spricht heute** abend 8 Uhr **im Hotel „Zur Hauſe"**.

Alle Wählerinnen und Wähler sind freundlichst eingeladen. **Sozialdemokratiſche Partei (S. P. D.) Ortsgruppe Gevelsberg.**

Bekanntmachung.

Die **Maul- und Klauenſeuche** unter den Viehbeſtänden des Kötters Heinrich Kuhlmann, Berge 26, des Kötters Wilhelm Maſſmann, Berge 27, des Wirtes Walter Gräber, Berge Nr. 43, des Metzgermeiſters Franz Kriegshorte, Grundſchöttel Nr. 114 und des Landwirts Heinrich Spelsberg zu Mühlinghauſen iſt erloſchen.

Gevelsberg, den 10. Februar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung des Reichsminiſters der Finanzen über die Einreichung von Lohnliſten zum Zwecke der Veranlagung der Einkommenſteuer vom 29. 12. 1920 werden alle natürlichen Perſonen ſowie die Vorſtände juriſtiſcher Perſonen und von Vereinen aller Art aufgefordert, **bis zum 5. März 1921** beim Finanzamt Lohnzettel für diejenigen Perſonen einzureichen, die gegen Gehalt, Lohn und ſonſtiges Entgelt im abgelaufenen Kalenderjahr 1920 länger als 2 Monate beſchäftigt worden ſind. Die Lohnzettel müſſen enthalten: Namen, Stellung, Wohnung ſowie den Geſamtbetrag und die Art (Barlohn oder Sachbezüge) des Arbeitslohnes des Arbeitnehmers.

Zum Arbeitslohn gehören ſämtliche Beträge, die den Beamten, Angeſtellten, Arbeitern, Ruhegehaltsempfängern uſw. von Behörden oder Arbeitgebern für gegenwärtige oder frühere Dienſtleiſtung gezahlt worden ſind; alſo neben Gehalt, Lohn, Ruhegehalt, Witwen- und Waiſenpenſion auch Teuerungs- und Kinderzulagen, Weihnachtsgratifikationen, Unterſtützungen, Unterhaltsbeiträge, beſondere Entlohnung für Ueberſtunden, Sonntagsarbeit oder unter ſonſtiger Benennung gewährte Bezüge.

Die Angabe hat ſich auch auf Beträge zu erſtrecken, die von öffentlichen Kaſſen oder von im Betriebe von Arbeitgebern eingerichteten Penſions- oder ſonſtigen Kaſſen an Beamte, Angeſtellte, Arbeiter oder deren Hinterbliebene für gegenwärtige oder frühere Dienſtleiſtung gezahlt worden ſind.

Die für jeden Arbeitnehmer zu verwendenden **Lohnzettel** werden vom Finanzamt auf Verlangen **unentgeltlich** geliefert. Die Einreichung von **Lohnliſten** für **mehrere** Arbeitnehmer iſt unzuläſſig.

Wer vorſätzlich unrichtige Angaben macht und dadurch bewirkt, daß Steuereinnahmen verkürzt werden, wird wegen Steuerhinterziehung in fünf bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer beſtraft. Neben der Geldſtrafe kann auch Gefängnis erkannt werden. Verſuchte Steuerhinterziehung wird wie die vollendete Tat beſtraft.

Wer dieſer öffentlichen Aufforderung nicht nachkommt, wird nach den Vorſchriften der Reichsabgabenordnung durch Geldſtrafen dazu angehalten werden.

Schwelm, den 10. Februar 1921.

Finanzamt. Dr. Springorum, Regierungsrat.

Zigarren

Zigaretten, Rauch- u. Kautabake

in bekannter Güte kaufen Sie preiswert im

Zigarrenhaus Gerhard

Fernruf 789 am Nirgena Fernruf 789.

Empfehle für morgen eine große Auswahl in

dickem, fettem Fleiſch,

beſter Erſatz für Ia Ochſenfleiſch

ſowie **ſämtliche Wurſtſorten**

in bekannter Güte.

Fritz Korten, Roßmetzgerei.

Mittelſtraße 100. Telephon 396

63

Ueberzeugen Sie sich von meiner

grossen Preisermässigung

in neuen und getr. Herren-Ueberzieher, Ulster, Covercoat, Anzüge, Hosen usw., Konfirmanden-Anzüge, in blau u. farbig, Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe extra billig. Kleider, Röcke, bekannt billige Preise nur in

Rübenfeld's Partiewarenhaus

BARMEN, Bredder Str. 63.

63

Verloren

haben in den letzten Jahren

viele Millionen

Deutſche den Reſt von nationaler Ehre und nationalem Bewußtſein. Dieſer koſtbarſte Schatz unſeres Volkes muß wiedergefunden werden, wenn wir nicht für alle Zeiten aus der Reihe der vollberechtigten Nationen in der Welt ausſcheiden wollen. Jeder, der ſein Vaterland liebt und ihm helfen will, hat daher ſeine Stimme

abzugeben

für die Liſte der

Deutſchen Volkspartei.

Kaninchen-Zucht-Verein „Einigkeit" Gevelsberg.

Samstag, 12. und Sonntag, 13. Februar:

Große Allgemeine Kaninchen- und Produkten-Schau

im Saale des Herrn Jul. Schilken, Mittelstr.

Die Ausstellung umfasst zirka 300 Nummern, es sind alle Rassen, von den **schweren Belg. Riesen** bis zu den **reizenden schneeweißen Hermelin** in nur guten Exemplaren vertreten, ebenfalls **herrliche Pelzsachen aus Kaninchenfelle.**

Außerdem sind

gegerbte und gefärbte Felle

in Zobel und schwarz verkäuflich ausgestellt.

Eröffnung: Samstag mittag 12 Uhr bis abends 9 Uhr. Sonntags von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Eintritt 1.25 Mk., Kinder 50 Pfg. mit Freilos.

Zu regem Besuch ladet ergebenst ein

Die Leitung.

Linoleum

Friedens-Qualität.

Tapeten

in jeder Preislage.

Muſter u. Angebote ſofort.

Gebr. Becker

Hagen i. W. Mittelſtr. 13.

Großer Mord!

Auf der Nordſee mehrere hundert Tauſend gefangen und getötet.

Samstag

auf dem hieſigen Wochenmarkt großer

☞ **Maſſenverkauf.** ☜

Lebendfriſche, blutfriſche, große und grüne Heringe. Feinſter Brat-Schellfiſch, 4 Pfund **10.—** Mk., **allerfeinſte Kieler Fettbückinge** per Pfund **5.—** Mk. Kiſtenweiſe billiger. Nur allerfeinſte garantiert friſche Ware kommt zum Verkauf. **Kommen Sie bitte alle.**

M. Sichtermann aus Hagen.

Deutſch-demokratiſche Partei

Gevelsberg.

Samstag, den 12. Februar 1921, abends 8 Uhr,

ſprechen im Saale des **Gaſthof „Zur Hauſe":**

Herr Miniſterialpräſident a. D. Sivkowitz.

Herr Landgerichtsrat **Dr. Höpker-Aſchoff** Bochum:

Spitzenkandidat der Deutſch-demokratiſchen Landtagsliſte:

„Der Aufbau des Reiches und Preußens Aufgabe".

Freie Ausſprache! Zur Deckung der Tageskoſten 1.— Mark Eintritt. **Freie Ausſprache**

Alle Wählerinnen und Wähler, insbeſondere unſere Mitglieder und Freunde ſind hierzu herzlich eingeladen.

Arbeitsausſchuß der Deutſch-demokr. Partei Gevelsberg.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg

Heute abend ½8 Uhr

Vorbereitung

zum

Kindergottesdienſt

Konfirmandenſaal Elberfelder Straße.

P. Schloemann.

Freie wirtſchaftl. Vereinigung Kriegsbeſchädigter Kriegerwitwen u. Hinterbliebenen

(Gevelsberg-Vogelſang.)

General-Verſammlung

am **Samstag,** den 12. Feb., **abends 8 Uhr,** beim Wirt **W. Kebbitück,** Mittelſtraße.

Tagesordnung:

1. Geſchäftsbericht.
2. Bericht vom Gautag in Eſſen.
3. Beſprechung über die Spaltungspolitik d. kommuniſtiſchen Fraktion im Intern. Bund.
4. Vorſtandswahl (ſatzungsgemäß).
5. Wahl eines Fürſorgeausſchuſſes.
6. Verſchiedenes.

Vollzähliges Erſcheinen, **insbeſondere der** Vorſänger (Kameraden und **Kameradinnen**) dringend erforderlich.

Der Vorſtand.

J. V.: Friederich.

Strangtabake

die ½ Pfund-Packung von Mk. **12.50** an.

Leichte, bekömmliche

Rauchtabake

Kautabake

verschiedener Firmen.

Ferner:

Engl. Zigaretten

Te Flag, versteuert und beschlagnahmefrei, grosse Posten eingetroffen.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Zigarrenhaus Gerhard

am Nirgena.

Fernruf 789 Fernruf 789.

Die Nr. der „Gevelsberger Zeitung" vom 10. Juli 1920 zu kaufen geſucht.

Verlag der „Gevelsberger Zeitung".

Reparaturen

an Nähmaſchinen u. Fahrrädern

werden unter fachk. Leitung schnellstens ausgeführt

Gebr. Klein, Hagen,

Wehringhauser Str. 1a Tel. 321

Foxterrier,

ſchön gezeichnet, wachſam und treu, preiswert zu verkaufen. **Fritz Becker,** Roſendahler Str. 94.

Metallbetten,

Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polſter an Jedermann. Katalog frei.

Eiſenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Freiwillige Feuerwehr Gevelsberg.

Samstag, den 12. Februar, abends 8 Uhr:

Jahres-Hauptversammlung

im Vereinslokal des Kameraden Karl Buſchmann.

Tagesordnung:

1—8 gem. § 9 des Statuts.

9. Verſchiedenes.

Anzug: Tuchrock.

Vollzähliges und pünktliches Erſcheinen unbedingt erforderlich.

Der Oberbrandmeiſter.

Chriſtl. Metallarbeiter-Verband

Ortsgruppe Gevelsberg.

Achtung!

Die **Mitglieder-Verſammlung** findet morgen **Samstag, abend 8 Uhr** Mittelſtraße 90, ſtatt.

Um pünktliches Erſcheinen bittet

Der Vorſtand.

Soester Bauernstuten

(Kasseler Art und mit Hefe gebacken)

empfiehlt

Carl Hahn,

Hagener Straße 45.

Erhalte morgen Samstag eine Ladung großer und kleiner

Läufer- und Faſelſchweine

Verkaufe zu den billigſten Preiſen.

Emil Höner,

Lindenſtr. 7. Tel. 126.

30-Sechzig beſter

Waldboden

auf 10 Jahren zu Weideland unentgeltlich zu vermieten. **Gut Sundern** Wilhelm Bockhacker.

Außergewöhnl. Angebot!

☞ **Bis Samstag, den 12. Februar** verkaufe ich ☜

Stoffe für **einen vollständigen Anzug, Mantel u. Paletot** reichend.

! Ein Teil **3 Meter zusammen . . 195.-** !

Ein Teil **3 Meter zusammen . . 250.-**

Ein Teil **3 Meter zusammen . . 300.-**

Darunter **prachtvolle** Sachen für das Frühjahr in **reicher** Auswahl. Es kommen **nur gute** Buckskins und Tuche zum Teil **reinwollene Qualitäten** zum Verkauf. — Auf Wunsch eigene Anfertigung. Lieferzeit 14 Tage.

Ferner:

Reinwollene Cheviots u. Kammgarne f Konfirmanden

der Meter **48.50** bis **75.00**

Rohnessel prima Qualität . . . . der Meter **9.50**

Alb. Weinholz ◆ Milspe.